

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Er erscheint Sonntags
Abonnementpreis 3 M. pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 4 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 86, Alfter-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11698

Versuche zur Durchbrechung des Tarifvertragssystems.

Der politische Wechsel erfolgte bereits vor einigen Wochen. Von den Unternehmern und allen den Leuten, denen der bisherige politische Kurs nicht paßte, wurde der Regierungswechsel lebhaft begrüßt. Man knüpfte an dieses Ereignis die kühnsten Erwartungen. Die Morgenröte einer neuen Zeit sollte am Himmel stehen und alle Sorgen und Beschwernisse vergessen sein. Besonders erwartete man einen raschen wirtschaftlichen Aufstieg. Das Arbeitslosenheer zeigt auch noch nach einigen Monaten schönsten Frühlingswetters eine Höhe, wie nie zuvor. Das die Ankurbelung der deutschen Wirtschaft solange auf sich warten läßt, dürfte unzweifelhaft beweisen, daß der Regierungswechsel auf den Gang der Wirtschaft ohne Einfluß war. Noch immer läßt der wirtschaftliche Aufschwung auf sich warten. Auf keinem Gebiet ist irgendein Fortschritt zu erkennen. Und weil dem so ist, kommt man plötzlich auf den Gedanken, daß der politische Kurswechsel allein nicht genügt, sondern auf wirtschaftlichem Gebiet eine sichtbare Veränderung eintreten müsse. Die Neuorientierung auf diesem Gebiete steht man vor allem in der Durchführung des Tarifvertragssystems. Die Unternehmer vertreten allen Ernstes die Meinung, daß die Löhne und Gehälter in Deutschland zu hoch seien. Vor allem wenden sie sich dagegen, daß der gebundene Tarifvertrag es verhindert, die Lohnsätze in Krisenzeiten herabsetzen zu können. Weil die Löhne gebunden sind, sei die Wirtschaft nicht elastisch genug um den auftretenden Schwierigkeiten gerecht werden zu können. Da man gibt sogar die Ansicht kund, daß die Arbeitslosigkeit auch heute nur einen verhältnismäßig geringen Umfang haben würde, wenn das Lohnsystem beweglicher wäre. Hier liegt der Hase im Pfeffer!

Es bedarf keiner langen Ausführungen, um die Gefährlichkeit dieser Pläne sichtbar werden zu lassen. Gelingt es, den Gedanken des gebundenen Lohnsystems aufzulockern und an mehreren Stellen das durchzuführen, was beim Stahlwerk Becker gelungen ist, dann wird dem System der Tarifverträge ein tödlicher Stoß versetzt. Die Gewerkschaften haben diese Gefahren erkannt und lehnen deshalb die Reformpläne rückhaltlos ab. Es heiße einfach, die Erzeugnisse eines ganzen Jahrzehnts zunichte zu machen, wenn man auch nur das leiseste Entgegenkommen zeigen würde. Die Arbeiterschaft kann von der einmal eingeschlagenen Marschroute unter keinen Umständen abgehen. Eines der größten Erfolge liegt in der Tatsache, daß die Lohnhöhe auch in Krisenzeiten einigermaßen stabil bleibt. Ja, wir möchten sagen, daß die Politik der Gewerkschaften volkswirtschaftlich die allein richtige ist. Letzten Endes liegt die ganze Krise in dem mangelnden Absatz begründet. Die Herabsetzung der Löhne breiter Arbeiterschichten würde einen derartig empfindlichen Ausfall von Kaufkraft zur Folge haben, daß die Krise sich noch verschärfen würde. Keineswegs ist die Sicherheit gegeben, daß dadurch auch nur einige Zehntausende neu in den Produktionsprozeß eingeschaltet werden können. Jedenfalls muß der Nachweis hierfür eifrig erbracht werden.

Wenn man aber das Problem Kaufkraft und Löhne aufzurollen beabsichtigt, dann muß einmal ein Blick auf die Gesamtsituation der Wirtschaft geworfen werden. Wie liegen in dieser Beziehung die Dinge? Die Löhne sind seit einem Jahr nicht nur stehen geblieben, sondern sie haben sich sogar verschlechtert. Seit 1924 ist das Massenelend in so breiter Form nicht mehr in Deutschland zu verzeichnen gewesen. Trotz der Besserung des Arbeitsmarktes haben ungefähr ein Drittel der deutschen Industriearbeiter keinen vollen Tariflohn. Rund vier Millionen Arbeiter und Angestellte leben von kargen Unterstufungen. Rechnet man die Familienangehörigen hinzu, so lebt ungefähr ein Fünftel der deutschen Bevölkerung unter den drückendsten Verhältnissen. Man muß es tatsächlich bewundern, daß die deutsche Arbeiterschaft solche Wirtschaftszustände ruhig hinnimmt. Die Laffen der Arbeitslosigkeit bleiben auch weiterhin vielleicht auf Jahre hinaus in voller Höhe bestehen. Auf der andern Seite zeigt sich ein ganz anderes Bild. Das Einkommen der besitzenden Schichten hält sich auf einer Höhe, die mit dem Massenelend der gewerblichen Bevölkerung in gar keinem Zusammenhang steht. Wie das Ausland die gegenwärtigen Verhältnisse in Deutschland

sieht, kann man täglich in ausländischen Blättern nachlesen. In der Nummer 17 befaßt sich die „Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung“ mit der Exportpolitik der deutschen Industrie und mit den Auswirkungen der Rationalisierung. Nachdem die rücksichtslose Stilllegung zahlreicher Industriewerke aus Rationalisierungsgründen geschildert wird, heißt es: „Ohne eine wahnstinnige Uebersteigerung der Rationalisierung könnte Deutschland seine Waren auf dem Weltmarkt nicht so billig anbieten wie es das heute tut. Die Lasten dieser Rationalisierung trägt heute ausschließlich die deutsche Arbeiterschaft; das deutsche Kapital macht nach wie vor riesige Gewinne, die aber klug versteckt werden.“

DAS GEDRUCKTE WORT

hat oft eine bessere Wirkung als das gesprochene. Darum werfe den gelesenen „Maler“ nicht fort, sondern gebe ihn an unorganisierte Kollegen weiter. Die Zeitung ist stets ein gutes Werbemittel für den Verband.

Der Ausländer erhält einen Begriff, wenn er in Fremdenkurorten, in Lugano oder Locarno, die Invasion deutscher Feriengäste betrachtet, die oft einen Luxus entfalten, der Gästen aus sogenannten Siegemationen nicht möglich ist. Kein Franzose wandert in unsern Fremdenorten so mit den Geldtaschen wie deutsche Kapitalisten. Die Auslassung zeigt, daß die Jammersöhne, die fortgesetzt in deutschen großkapitalistischen Zeitungen erschallen, vom Ausland ganz anders bewertet werden. Die Summen, die von deutschen Feriengästen im Ausland verprakt

werden, müssen von fleißigen Volksgenossen erarbeitet werden. Ueberdies gehen sie der deutschen Volkspartei verloren. Daneben wird das Ansehen der deutschen Bevölkerung im Auslande geschädigt, wenn Deutsche sich derartig prophanhaft im Auslande benehmen. Aber auch hierzulande kann man täglich die Beobachtung machen, daß in bestimmten Schichten Geld im Ueberfluß vorhanden ist. Man studiere die sogenannten besseren Vermögensverhältnisse und man hat einen Begriff davon, wie äußerst ungerecht die Güter in Deutschland verteilt sind.

Auf die Dauer sind solche Zustände nicht zu verteidigen. Die Arbeiterschaft kann sich nicht geduldi damit abgeben, nur das Uchsenbrödel in der Wirtschaft zu spielen. In den nächsten Monaten laufen zahlreiche Tarifabkommen ab. Die Gewerkschaften haben mehrere Tarifabkommen großer Industrien gekündigt. In zahlreichen Tarifgebieten befindet sich die Arbeiterschaft in der Defensive. In andern Industrien sind Tarifkündigungen von den Unternehmern erfolgt. Beabsichtigt ist dabei, eine Verschlechterung der Löhne herbeizuführen. Angesichts der oben geschilderten Zustände muß die Arbeiterschaft derartige Anstalten mit allen Mitteln ablehnen. Die Folge werden harte soziale Kämpfe auf zahlreichen Gebieten sein. In diesem Ringen geht es hart auf hart. Die Arbeiterschaft kann und darf nicht darin einwilligen, daß diese jammerhaften Zustände verewigt werden. Warum soll ausgerechnet die breite Masse Jahre hindurch die Lasten einer verfehlten Wirtschaftspolitik auf sich nehmen? Wenn es aber zu den harten Auseinandersetzungen kommt, dann ist der Einsatz aller Kräfte geboten. Die Gewerkschaften sind bereit, ihr Möglichstes zu tun. Möge diese Bereitwilligkeit auch bei jedem einzelnen vorhanden sein.

Die Pflichten eines Verbandeskollegen.

Es gibt immer noch Kollegen, die glauben, sie hätten mit der regelmäßigen Zahlung ihres Beitrages ihre Pflichten unsern Verbände gegenüber erfüllt.

Daran ist nur das richtig, daß die Zahlung des Beitrages eine der Pflichten des Verbandeskollegen ist. Ohne finanzielle Hilfsmittel kann keine Organisation arbeiten. Pünktliche und regelmäßige Beitragszahlung ist daher unerläßliche Voraussetzung für erfolgreiche Arbeit des Verbandes.

Aber darüber hinaus wollen wir doch nicht vergessen, daß unser Verband die gemeinsame Arbeit aller für alle ist. Kein Verbandeskollege soll glauben, er zahle seine Beiträge sozusagen als Abgeltung dafür, daß die andern Kollegen für ihn tätig sind. Nein, jedes Mitglied muß entsprechend seinen Fähigkeiten helfen, an den Aufgaben unseres Verbandes mitzuarbeiten.

Dazu gehört, daß man sich um das, was im Verbande vorgeht, kümmert. Jeder Kollege muß mit den Organisationsfragen vertraut sein. Es darf nicht vorkommen, daß jemand nicht einmal die Namen der Vorstandsmitglieder kennt. Jedem Mitgliede müssen die befreundeten und gegnerischen sowie die Spitzenverbände bekannt sein.

Unbedingt notwendig ist auch, daß jedes Mitglied weiß, welche Fragen im Moment seinen Verband besonders stark beschäftigen und welche Stellung seine Organisation dazu besonders einnimmt.

Um diesen Erfordernissen entsprechen zu können, muß jeder Kollege selbstverständlich die Bekanntmachungen und Mitteilungen des Verbandes regelmäßig und aufmerksam verfolgen. Insbesondere gehört hierzu auch, daß unsere Zeitung nicht einfach beiseite gelegt, sondern mit Verständnis und Interesse gelesen wird. Wenn auch nicht jede Notiz und jeder Artikel das gleiche Interesse beanspruchen kann — etwas findet jeder Kollege darin, das ihm Nutzen bringt.

Aber der Verbandeskollege soll nicht nur darauf warten, daß ihm von seiten der Verbandsleitung etwas vorgelegt wird. Nein, er selbst soll die Initiative ergreifen, soll der Verbandsleitung über wichtige Vorkommnisse berichten, soll ihr Beobachtungen und Erfahrungen mitteilen, Anregungen geben. Nur auf Grund solcher Mitteilungen aus der Praxis kann ja die Verbandsleitung die Lage richtig beurteilen und danach ihre Entschlüsse fassen.

Jeder Kollege hat ein Interesse daran, daß sein Verband immer größer und mächtiger wird, denn die Arbeiterschaft hat nur Aussicht auf Erfolg, wenn sie restlos organisiert ist. Aus diesem Grunde haben alle Verbandeskollegen die Pflicht, bei jeder sich bietenden Gelegenheit für unsern Verband zu werben, um ihm auf diese Weise ständig neue Mitglieder zuzuführen.

Alles das aber setzt voraus, daß in jedem Kollegen das Gefühl der Treue zum Verbande lebendig ist. Niemand darf sich ein Kollege dazu hergeben, seinen Verband in der Öffentlichkeit herunterzureißen — wie man das leider häufig genug beobachten kann. Gewiß kann man oft anderer Meinung sein als der Vorstand. Aber in solchem Falle wende man sich nicht zuerst an die Öffentlichkeit, sondern an die zuständigen Instanzen. Die monatlich stattfindenden Mitgliederversammlungen bieten reichlich Gelegenheit für jeden Kollegen, sein Herz auszusprechen. Und wenn trotzdem anders beschlossen wird als man es für richtig hält, dann ist es Pflicht des Kollegen, sich der Mehrheit unierzuordnen und Disziplin zu halten, denn Disziplinosigkeit schädigt den Verband und damit den Kollegen selbst. Disziplin ist Unterordnung unter die Gesamtheit aus Gründen der Selbsterhaltung.

Der Verbandsbeitrag

sagte am 25. und 26. April in Hamburg, um den Bericht des Verbandsvorstandes über den Stand der Organisation entgegenzunehmen und zu den Tarif- und Lohnverhandlungen in Berlin Stellung zu nehmen. Bevor in die Verhandlung eingetreten wurde, widmete Kollege Bag dem verstorbenen Bezirksleiter Adolf Jaeschmann, dessen Platz ein prächtiger Nelkenstrauch zierte, einen tiefempfundenen Nachruf. Er hob die Verdienste des toten Freundes um die Organisation hervor und seine vorzügliche Eigenschaften als Mensch und Kollege. Sein Andenken wird von uns allen in Ehren gehalten werden.

Darauf referierte der Verbandsvorsitzende über den ersten Punkt der Tagesordnung. Einleitend gab er einen Gesamtüberblick über die allgemeine wirtschafts- und sozialpolitische Lage in Deutschland, wobei er besonders alle Vorgänge skizzierte, die seit der vorhergehenden Beiratsitzung von einschneidender Bedeutung für die Arbeiterklasse waren oder sich, wie die kürzlich vom Reichstag beschlossenen ungeheuren neuen Belastungen bald auswirken werden. 1929 war ein Jahr des Niedergangs für die Arbeiterschaft, gekennzeichnet durch die katastrophale Steigerung der Arbeitslosigkeit, die auch während des Sommers anhält. Die Ausichten auf einen baldigen Konjunkturumschwung seien nicht besonders vertrauenerweckend, die Bauaktion eine zögernde, die allgemeine Situation eine recht unklare.

Im Malergewerbe war 1929 nicht nur im Winter, sondern das ganze Jahr hindurch ein hoher Stand der Arbeitslosigkeit vorhanden, der fortgesetzt sich steigerte; noch im März dieses Jahres hatten wir 38 % Arbeitslose. Diese Entwicklung habe ihre Ursache nicht nur in der schlechten Geschäftslage, sondern in der Strukturgestaltung unseres Berufs. Die gewaltige Zunahme der Kleinmeister mit all ihren Hemmnissen, die große Zunahme der Berufsflüchtigen und der Lehrlinge, dazu ein Treiben von Schmutzkonkurrenz, das jeder Beschreibung spottet. Wenn trotzdem ein Aufstieg unseres Verbandes mit über 3400 Mitgliedern gemeldet werden kann, so zeige das, daß in unsern Filialen ein gesunder Geist vorhanden ist, der die beste Gewähr bietet zu weiteren Fortschritten.

Die Einführung der Invalidenunterstützung habe unerwartet viele Verwaltungsarbeit mit sich gebracht. Die Meinung herrsche vielfach vor, daß jeder angemeldete Fall auch als bezugsberechtigter anerkannt werden müsse. Das geht, nicht wenn nicht das ganze Werk gefährdet werden soll. Darum müßten alle gemeldeten Fälle geklärt werden. Als ein weiteres Entgegenkommen könne gelten, daß in der Uebergangszeit 40 % Marken geklebt werden. Sehr eingehend behandelte der Redner die Vorgänge unter der sogenannten „revolutionären Gewerkschaftsopposition“, die sich in allen Verbänden in mehr oder minderem Grade bemerkbar machen. Kollegen, die einer gegnerischen politischen Partei angehören, wäre nie etwas von der Verbandsleitung in den Weg gelegt worden, solange sie als Verbandsmitglieder ihre Pflicht erfüllen, aber jeglichem verbandsschädigenden Verhalten müsse rücksichtslos entgegengetreten werden. Des weitern behandelte Kollege Bag die geleistete Arbeit aller handwerklichen Verbände bei der Abwehr von Verschlechterungen in der Arbeitslosenunterstützung, worüber die Mitglieder im Verbandsorgan unterrichtet worden sind. Nach dem 31. März seien die Chancen etwas günstiger auch für unsere Kollegen, nur müsse darauf geachtet werden, daß die noch arbeitslosen Mitglieder auch zu ihrem Rechte kommen. Ebenso berichtete er ausführlich über unsere Tätigkeit im Reichsausschuß für Sachwertehaltung und über unser Bestreben zur Beschaffung von Arbeit in den Wintermonaten. Unsere Kurse, die zum erstenmal veranstaltet wurden und an denen wohl alle Filialen beteiligt waren, haben einen guten Verlauf genommen. An den Kursen der Bundesschule in Verman wird im Februar 1931 auch unser Verband beteiligt sein. Nachdem er noch kurz auf die Notwendigkeit der Revisionen und Kontrollen, die späte Allgemeinerversammlung der Malerebetriebe hingewiesen, resümierte er, daß kein Grund vorliege, mißmutig zu sein. Der Stand unserer Organisation sei ein guter. Die geleistete Arbeit

aller tätigen Kollegen, die Organisation vorwärtszubringen, wäre nicht vergebens gewesen.

Im Anschluß an den Vorstandsbericht gab Kollege Ringel einen detaillierten Überblick über das gesamte Finanzgebahren (Markenumsatz, Einnahmen, Ausgaben, Vermögen) des Verbandes im verfloßenen Geschäftsjahr. Nicht nur der Bestand der Hauptkasse, auch die Kasienbestände unserer Filialen weisen eine erfreuliche Zunahme auf.

Eine rege Aussprache schloß sich den beiden Berichten an, in der hauptsächlich gewerbliche und innere Verbandsfragen, Werbemethoden anderer Verbände und der Kampf um die Sonderfürsorge zur Erörterung kamen. Die Tätigkeit des Vorstandes fand allgemeine Anerkennung. Der Ausbau unserer Kurse fand Zustimmung. In seinem Schlußwort ging Kollege Bag kurz noch auf einige Ausführungen zur Arbeitszeitverkürzung, auf die Leistungen des Verbandes zu Bildungszwecken und auf einige Fragen in der Invalidenunterstützung ein.

Folgende Entschliessung wurde einstimmig vom Verbandsbeirat angenommen:

Der Beirat billigt die Tätigkeit des Vorstandes zum Aufbau und weiteren Ausbau unseres Verbandes sowie die Maßnahmen gegen die Sonderbehandlung unserer Kollegen bei der Arbeitslosenversicherung und fordert erneut die Einbeziehung der Arbeitslosen des Malergewerbes in die Krisenfürsorge. Den Bestrebungen des Unternehmertums und der diesen nahestehenden Kreise auf Abbau der Arbeitslosenunterstützung ist nach wie vor stärkster Widerstand entgegenzusetzen.

Der Beirat fordert von der Reichsregierung, daß die Ratifizierung des Genfer Übereinkommens zur Bekämpfung der Bleikrankheiten endlich aus dem Stadium der Erörterungen herausgeführt und die längst in Aussicht genommene Verordnung zum Schutze gegen Bleikrankheiten erlassen wird.

Der Beirat bringt seine Entschliessung vom 11. Mai 1929 in Erinnerung. In der der Vorstand aufgefordert wird, zur Erhaltung der Einheit und Schlagkraft der Organisation allen verbandsfremden Treiberien auf das schärfste entgegenzutreten. Der Beirat verurteilt das Vorgehen der sogenannten revolutionären Gewerkschaftsopposition, das den Wegnern nicht, der Arbeiterbewegung aber ungeheuren Schaden zufügt und billigt die Maßnahmen des Vorstandes zur Bekämpfung dieses Vorgehens. Von den Verbandsmitgliedern erwartet der Beirat strengste Disziplin und Abweisung aller Bestrebungen, die nur dazu angetan sind, einseitig die Geschäfte einer politischen Partei zu besorgen, deren Organe es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Gewerkschaften und ihre Einrichtungen in der widerlichsten Weise zu bekämpfen. Der Vorstand wird aufgefordert, auch fernerhin die zum Schutze der Organisation notwendigen Maßnahmen zu treffen.

Abends fand eine Besichtigung der Hamburger Malergesellschaft statt, an die sich im Atelier ein fachmännischer Vortrag mit Filmdarstellung angeschlossen. Hochbefriedigt verließen die Kollegen diese Musterwerkstätte mit ihren vorzüglichen Einrichtungen.

Ueber die verfloßenen Tarif- und Lohnverhandlungen informierte der Beirat in vorzüglicher Weise das vom Verbandsvorsitzenden erstattete zweifache Referat, in dem er den Verlauf der gesamten Verhandlungen behandelte. Zum Schluß ersuchte er, die Ergebnisse nicht bloß unter dem Gesichtspunkt unserer Forderungen, sondern auch unter dem der heutigen Geschäftslage zu betrachten. Dann wird den Kollegen klar sein, daß nicht mehr geschaffen werden konnte. Uns befriedigte das Ergebnis durchaus nicht, aber in der Ueberzeugung, daß die nicht erledigten, aber für uns wichtigen Fragen nur zurückgestellt sind und mit der ganzen Kraft unserer Organisation an deren Verwirklichung festgehalten werden muß, mögen die Kollegen den erstatteten Bericht entgegennehmen. Nachdem noch Bezirksleiter Beringer über die für das rheinisch-westfälische Lohngebiet stattfindenden Lohnverhandlungen sich äußert, folgte eine außerordentlich rege Debatte, die getragen von der Erkenntnis der maßgebenden Verhältnisse, sich im Rahmen der Darlegungen des Verbandsvorsitzenden abspielte. Man solle nicht verkennen, daß es nur der

Organisation zu verdanken ist, wenn es möglich war, in so schlechten Geschäftsverhältnissen das Bestehende zu erhalten und im Tarifmuster noch mancherlei Vorteile für die Kollegenschaft zu erringen.

Nachstehende Entschliessung des Beirates zu den Lohn- und Tarifverhandlungen fand einstimmige Annahme:

Der Beirat nimmt den Bericht von den Verhandlungen über den Abschluß des Reichstatarifvertrags und eines neuen Lohnabkommens zur Kenntnis und erklärt sich mit der Tätigkeit der Verhandlungskommission einverstanden. Obwohl ein großer Teil berechtigter Forderungen der Beiratschaft nicht erfüllt werden konnte, ist dem Verhandlungsergebnis zuzustimmen. Der Beirat bedauert die aggressive Einstellung der Arbeitgeber des Malergewerbes hinsichtlich der Lehrlingsfrage, der Ferien und der Verzichtsklausel und fordert die Kollegen auf, alle Kräfte zur Stärkung des Verbandes einzusetzen, um einer besseren Regelung dieser Fragen die Wege zu ebnen.

Zum Punkte Verschiedenes fanden noch eine Reihe interne Verbandsangelegenheiten ihre Erledigung. Auch die von den Angestellten unseres Verbandes an den Vorstand gerichteten Anträge auf eine generelle Regelung des gesamten Angestelltenverhältnisses, wurde vom grundsätzlichen Standpunkt aus eingehend erörtert, nachdem seit Jahren keine festen Bestimmungen mehr getroffen worden waren. Es herrschte keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß unsere Angestellten gegenüber anderen Verbänden nicht zurückstehen dürfen und es die Pflicht des Verbandes sei, für deren Sicherstellung zu sorgen. Die nähere Regelung soll durch den Verbandsvorstand in Verbindung mit dem Ausschuss erfolgen. Ueber die allgemein durchzuführende Frühjahrswerbung gab Kollege Bag Näheres über die bereits getroffenen Vorbereitungen bekannt, in der Hoffnung, daß der Erfolg wiederum für den Verband ein guter werde. Allgemeine Zustimmung fand ferner die Anregung des Kollegen Dürsch in bezug auf die neue schwere Belastung der Genossenschaft durch die Beschlüsse der reaktionären Reichstagsmehrheit. Er hält es für dringend notwendig, daß alle Beiratsmitglieder dafür sorgen, daß der Gedanke der Stärkung aller im Dienste der Arbeiterbewegung wirkenden Konsumgenossenschaften in die weitesten Kreise getragen wird. Der Vorsitzende unterstützt diese Ausführungen und bittet ebenfalls, überall, wo es den Kollegen möglich ist, kräftig für die Genossenschaftsbewegung eintreten zu wollen. Damit war die Tagung am Schluß angelangt.

Kollege Bag wies auf die Arbeiten dieser bedeutenden Tagung hin. So verantwortungsvoll auch die behandelten Punkte waren, der Beirat habe mit Ruhe und Sachlichkeit geprüft und pflichtgemäß beschlossen, wie er glaube, daß es im Interesse des Verbandes notwendig sei. Das ehre den Beirat, der sich damit auf eine hohe geistige Marke gestellt habe. Mit dem Wunsche auf gedecktem Wiedersehen zur nächsten Sitzung schloß er die 2. Beiratsitzung.

Zur Lohnbewegung in Rheinland-Westfalen.

Durch Schiedspruch vom 29. April 1930 waren die Löhne mit dem Rheinisch-Westfälischen Maler-Innungsverband bis zum 30. April 1930 geregelt. Der Schiedspruch sah eine sechswoöchige Kündigung zu diesem Termin vor. Die allgemeine Wirtschaftslage sowie die berufliche im besonders verlangten eine ernsthafte Prüfung, ob unter den obwaltenden Verhältnissen die Kündigung des Lohnabkommens zweckmäßig sei. Nach reiflicher Prüfung kam die Bezirksleitung zu dem Entschluß, das Lohnabkommen zu kündigen, da die Auswirkungen der Zoll- und Steuererhöhung bestinmte eine Steigerung der Lebenshaltungskosten erwarten lassen. Außerdem war für die Kündigung maßgebend, daß eine Anzahl wichtiger Orte in der Lohnhöhe zurückgeblieben waren.

Sofort nach Eingang der Kündigung verlangte der Innungsverband unsere Forderungen. Wir forderten für die zurückgebliebenen Orte einen Ausgleich und eine allgemeine Zulage von 10 % pro Stunde, so daß unsere For-

Hans Baluschek

zu seinem 60. Geburtstag am 9. Mai.

Ein Mann, durch Bekenntnis und sozialkünstlerische Leistung dem deutschen Proletariat mit Herz und Hirn zugehörig, feiert am 9. Mai seinen 60. Geburtstag. Das ist nun in Anbetracht der jugendlichen Elastizität des heute zu ehrenden Künstlers gewiß kein besonderer Anlaß, ihn im Museum der verstorbenen Kartisten zu begraben, sondern nur die dankende Erinnerung, das Werk dieses prächtigen Menschen, das in seiner künstlerischen Vollendung zu einem wesentlichen Beitrag einer noch zu schreibenden Kulturgeschichte des Proletariats wurde, in uns wachzurufen und denen, die es noch nicht kennen, wenigstens im Anfrüh einer Einführung bekannt machen zu helfen. Wir glauben dies nicht besser tun zu können, als wenn wir die persönliche Entwicklung des Künstlers zu einer charakteristischen und denkwürdigen Schilderung des Lebenswerkes benutzen.

Hans Baluscheks Vorfahren entstammen ukrainischen Bauerfamilien, von denen sich ein Zweig um 1800 auf preussischem Boden, in Schlefien, ansiedelte. Der Vater Baluscheks verlebte diese bodenständige Bauerntradition und wird Landwaser im preussischen Eisenbahnverwaltungsdienst. In Breslau wird am 9. Mai 1870 Hans Baluschek geboren. Das Elternhaus, in dem der Geist einer von der Verherrlichung des kaiserlichen Beamtenstands nicht beengten freibeweglichen Gestalt lebte, war dem jungen Baluschek eine gütliche Heimat seiner Entwicklung. In dieser warmen, geliebten Luft, in die er einwuchs, kam die frühe Beschäftigung mit dem proletarischen Milieu und mit Arbeitshandwerk. Mit dem Vater geht er in Werkstätten, Tabakfabriken, Verrechnungskassen und Arbeiterquartiere, deren Arbeitstätigkeit und intellektuelle Licht- und Schattenseiten in ihm einen nicht mehr auszusprechenden Eindruck hinter-

lassen. Hier, in dieser Welt der Arbeit und des Glanzes, die den mit fröhlicher Beobachtungsgabe ausgezeichneten Knaben erste Bekanntschaften und Freundschaften von wachsender Dauer schliessen ließ, prägen sich die ersten sozialen Ergebnisse in seine Seele. In Berlin (der Vater war nach hier versetzt worden) werden wieder Arbeiterkinder seine Freunde, und auch, nachdem er neunjährig von der Gemeindefschule in das Aleksandrische Gymnasium hinüberwechselt, bleiben diese Beziehungen in ihrer warmherzigen Natürlichkeit bestehen. Keine Frage, daß die Brüderjüngchen über keinen Verkehr mit der ärmlich gekleideten Proletariatsjugend spotteten. Baluschek machte sich auch schon fernerzeit einen Dreck daraus. Dieser Jugend fühlte er sich zugehörig. Gemeinsam verbringt er mit ihr die Sonntagnachmittage in der alten Berliner Hofenheide, auf Pappelpflätzen und in volkstümlichen Bierlokalen, um dem wirklichen Leben des Volkes auf den Leib zu rücken. Diese Zeit hat Baluscheks sozialistisches Auge schärfen helfen. Schon erkennt der Knabe in all der grellbunten Lustigkeit der Proletariatsjugend die geistige und feilische Schwachheit des arbeitenden Volkes. Irgendwie hat er schon das Gefühl, daß das alles nur Krämpfen um eine granamane Wirklichkeit sind. Tiefwurzelnde künstlerische Ergebnisse kann ihm auch die schale Gipsbäckerei der antiken Nachbildungen, die ihm in den Zeichenstunden der Schule begegnen, nicht vermitteln. Erst die große Kollektivausstellung des russischen Malers Werschichagin im Jahre 1882, dessen Bilder durch ein besonders antimilitaristisches, zeitliches Temperament Aufsehen erregen, führt ihn auf den rechten Weg und erweckt in ihm den künstlerischen Genies. Kunst ist also, so sagt er sich, doch nicht nur ein ästhetisches Vergnügen, ist nicht um ihrer selbst willen da (part pour part). Mangel ist ihr die große ethische Eindringlichkeit, ist sie nur eine Angelegenheit jatter Geniesier. Von dieser erlebnisreichen Erkenntnis

beeindruckt, fängt er zu zeichnen an. Das anfängliche Kopieren nach Vorbildern befriedigt ihn nicht. Er muß sich die Umwelt in ihrem plakathaften Glanz, der über Glanz und dauernde Not, die in der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie ihre Ursachen hat, hinwegwischen soll, selbst erobern. Proletariatskämpfe, Arbeitermassen, Eisenbahnen, Metzkahnenen wirft er mit Kohle und Bleistift auf das Papier. Es sind, wie der verdienstvolle Kulturkritiker Friedrich Wendel in seinem empfehlenswerten Baluschekwerk (bei J. S. W. Dieck, Berlin) richtig ausführt, keine eigentlichen Studien im handwerklich-technischen Sinne, sondern dem noch ungeübten Zwang einer künstlerischen Wesenmäßigkeit antwortend, „Notierung zum Entwurf eines sozialen Gesamtbildes“. Auch die erste Lektüre des großen Arbeiterromans „Germinal“ von Emile Zola beeinflusst seine künstlerische Entwicklung. Ja, mehr als das; sie zehilt seinem zeichnerischen und materiellen Stil durch die Aufnahme des durch Zola in der Literatur ausgebildeten sozialkritischen und gesellschaftsanalytischen Naturalismus (dem Marxismus in der Kunst) in seiner ganzen Wesenhaftigkeit bestimmen.

Über nicht nur die analytische Technik Zolas imponiert ihm, sondern vor allem auch das kämpferische Echo des großen Romaniers, das sich dem aus den Tiefen hervorbrechenden Selbst- und Klassenbewußtsein verbrodert. Schon in dieser Zeit sucht der nun 17jährige Baluschek Anschluß an sozialistisch und sozialrevolutionär aufgerüstete Kreise zu finden. Der Vater war inzwischen nach Stralsund versetzt worden und um den dortigen Gymnasium unterrichtenden Genossen Dr. Max Schütte (den Berliner Arbeitern noch heute bekannt), ein Feuerkopf, der mit Bebel und Liebknecht sympathisierte und bald darauf als der erste gemahregelte Oberlehrer die Schule verlassen mußte, hatte sich ein kleiner Debattier-

derung bis 22 1/2 Gulde betrag. Nach Empfang unserer Forderungen wurde uns mitgeteilt, daß der Innungsverband Verhandlungen ablehne, da diese zwecklos seien, weil eine Anzahl Innungen einen Lohnabbau verlangten, und daher an eine Verändingung nicht zu denken sei.

Am Sonntag, 6. April, befahte sich eine Bezirkskonferenz in Mülheim a. d. Ruhr mit der allgemeinen Situation. Zunächst hielt unser Verbandsvorsitzender, Kollege Bag, einen Vortrag über die allgemeine Wirtschaftslage und Berufsfrage, der bei allen Delegierten großes Interesse wachrief. Im Anschluß hieran wurde die Lage im Bezirk besprochen und die bisherigen Maßnahmen der Bezirksleitung gutgeheißen. Sie wurde beauftragt, weiterhin bemüht zu sein, auf Grund der eingereichten Forderungen zu einem für die Kollegen tragbaren Lohnabkommen zu gelangen.

Die Verhandlungen fanden am 23. April in Essen statt. Uns wurde dort eröffnet, daß der Innungsverband unsere gestellten Forderungen nicht ernst genommen habe, und verlangte deren Zurücknahme. In eingehender Weise wurden alle Gründe angeführt, die uns zur Kündigung des Lohnabkommens und zur Stellung der Lohnforderung veranlaßt hatten. Es wurde darauf hingewiesen, daß das Sinken der Reichsmehrfachern für die Lebenshaltungskosten für die Bemessung der Löhne nicht maßgebend sein könnten, da diese Indizes die wirklichen Lebenshaltungskosten nicht erfassen. Vor allen Dingen sei zu berücksichtigen, daß die Verkehrsmittel, die in fast allen Fällen benutzt werden müßten, sich erheblich verteuert hätten. Auch treffe es für die Mehrzahl der Kollegen nicht mehr zu, daß nur die Miete für Wohnungen in Frage komme. Außerdem habe sich die Existenzsicherheit ganz erheblich zum Nachteil der Kollegen verschlechtert. Schon diese wenigen Gründe verdienten eine Berücksichtigung bei der Lohnbemessung. Weiter komme hinzu, daß die Verabschiedung der Zoll- und Finanzgesetze im Reichstag mit aller Bestimmtheit auf eine Steigerung der Lebenshaltungskosten schließen lasse. Im besondern sei die jetzige Zeit am besten geeignet, in den zurückgebliebenen Orten die Löhne anzugleichen.

Vom Innungsverband wurde die außergewöhnlich schwierige Lage des gesamten Gewerbes sowie der übrigen Wirtschaft angeführt, die nicht nur keine Lohnerhöhung zulasse, sondern es zweckmäßig erscheinen lasse, die Löhne abzubauen. Nach längeren schwierigen Verhandlungen einigten sich die Parteien, das bisher bestandene Lohnabkommen bis zum 30. April 1931 zu verlängern. Unsere Vertreter machten jedoch den Vorbehalt, daß zunächst eine Entschädigung der Mitglieder hierüber herbeigeführt werden müsse.

In den im Anschluß an die Verhandlungen stattgefundenen Versammlungen haben die Mitglieder in ihrer Mehrheit der getroffenen Vereinbarung zugestimmt. Hierdurch sind nunmehr auch für Rheinland-Westfalen die Löhne auf der alten Grundlage bis 30. April 1931 endgültig geregelt. Ein gemeinsamer Antrag, die bisher bestandene Allgemeinverbindlichkeit der Löhne bis zu diesem Termin zu verlängern, ist beim Reichsarbeitsministerium eingereicht worden.

Wenn es auch nicht möglich war, den dringenden Bedürfnissen entsprechend für die zurückgebliebenen Orte einen Lohnausgleich zu erhalten, so darf doch die Bedeutung der getroffenen Vereinbarung keineswegs unterschätzt werden. Ein Beharren auf diesem Ausgleich würde mit aller Bestimmtheit in den verschiedensten Orten Lohnkämpfe ausgelöst haben, deren Ausgang für unsere Kollegen sehr zweifelhaft war. Trotz Verlängerung des alten Lohnabkommens bleibt noch genügend zu tun übrig, dieses in allen Betrieben schrittlos durchzuführen. Besonders in den kleineren und mittleren Orten werden die tariflichen Bestimmungen sowie die Bestimmungen des Lohnabkommens nicht so erfüllt, wie dieses im Interesse aller Beteiligten verlangt werden muß. In Zukunft darf es keine Mehrarbeit mehr geben, es sei denn, daß diese unumgänglich notwendig ist. Die Zahlung des tariflichen Zuschlages ist erste Voraussetzung. Auch darf kein Kollege, dem Urlaub zusteht, darauf verzichten. Im allgemeinen müssen alle Kollegen ein wachsameres Auge auf die Durchführung aller vertraglichen Bestimmungen haben. Es muß mit aller Energie gegen die Arbeitgeber eingeschritten werden, die

Adolf Jaechmanns letzte Fahrt.

Am Dienstag, 29. April, in den Abendstunden, wurde das, was an Adolf Jaechmann sterblich war, im Krematorium zu Berlin, Gerichtsstraße, unter großer Beteiligung von Freunden und Kollegen den Flammen übergeben. Zahlreiche Kranzspenden und Deputationen von fast allen Filialen des 1. Bezirks und der Filiale Dresden, dem Bezirksausschuß Berlin der SPD., Bezirk Pankow, dem Reichsbund für das deutsche Malerhandwerk, dem Landesverband Brandenburg des Reichsbundes usw. gaben zu erkennen, welche große Wertschätzung sich der Verstorbene zu seinen Lebzeiten erworben konnte. Nachdem die Orgelklänge und der Gesang eines Männerquartetts verklungen waren, ergriff der Verbandsvorsitzende, Kollege Bag, das Wort zu einem tief empfundenen Nachruf. Ein tragisches Geschick wollte es, daß in einem Augenblick, da draußen in der Natur alles grün und sproßt und zu neuem Leben drängt, wir vor der Bahre eines Mannes stehen, dessen Lebensfaden nach unserem Ermessen viel zu früh abgerissen wurde. Noch nie sei es uns so schwer gefallen, unsere letzte und selbstverständliche Pflicht gegen einen unserer Führer zu erfüllen, wie diesmal, wo wir einen Kollegen zur letzten Ruhe bestatten, auf dessen Fähigkeiten und weitere Entwicklung wir so große Hoffnungen setzten. Wir können es heute noch nicht fassen, daß dieser lebensfrohe Mensch nicht mehr unter uns weilen soll. Als wir uns am Karfreitag nach den schwierigen Tarif- und Lohnverhandlungen verabschiedeten, ahnten wir wohl nicht, daß dies der letzte Händedruck sein sollte. Obwohl schwer erkrankt, fuhr er noch nach Breslau zu den Lohnverhandlungen. Dort ereilte ihn der Tod, fern von den Seinen. Er starb mitten im Kampfe für die Kollegen, für die er sein Bestes und Bestes gab. Liebe zur Sache, Vornehmheit im Kampfe mit dem Gegner, unermesslicher Fleiß zeichneten diesen Menschen aus, und so betrauern wir einen Führer und Kollegen von hohen Qualitäten. Kollege Bag schildert dann den Werdegang des Kollegen Jaechmann, seine Vorzüge als Mensch, Gatte und Vater und schloß mit herzlichen Dankesworten für alles, was er für seine Kollegen und die Arbeiterbewegung getan hat: Wir haben einen guten Menschen zur letzten Ruhe gebettet, doch uns war er mehr. — Der Vertreter der SPD, überbrachte die letzten Grüße des Bezirks Pankow, Kollege Vollmerhaus die des Bezirksausschusses und der Gauleiter der freien Gewerkschaften. Herr Präsident Kruse, vom Reichsbund, und Herr Malermeister Höborn, als Vorsitzender des Landesverbandes Brandenburg, sprachen Worte der Anerkennung und verbanden diese mit dem Wunsch, für den Verstorbenen einen würdigen Nachfolger zu finden. Das Männerquartett sang zum Abschied „Ein Sohn des Volkes wolle er sein und bleiben“. Unter Orgelklängen verank der Sarg in die Tiefe.

heute immer noch glauben, unter dem Einfluß der schlechten Berufsfrage im ersten Jahre zu können. Kein Arbeiter, der die tariflichen Bestimmungen nicht einhält, darf ungeschoren bleiben. Die Ortsämter, und die Arbeitsgerichte werden hier gute Hilfe leisten. Gelingt es uns, im Kampfe für die Durchführung der vertraglichen Bestimmungen die Organisation wesentlich zu stärken, dann haben wir die beste Grundlage für das kommende Frühjahr geschaffen, wenn Tarifvertrag und Lohnabkommen erneuert werden sollen. Erfülle daher ein jeder seine Pflicht im eigenen Interesse sowie im Interesse der Organisation. Der Erfolg wird dann nicht ausbleiben.

Wirtschaftslage, Kapitalbildung, Finanzen Eine Aufklärungsschrift der gewerkschaftlichen Spitzenverbände.

Die Kämpfe um die Neuordnung der Reparationen, um Finanz- und Verwaltungsreform, um Sozial- und Arbeitslosenversicherung haben in Verbindung mit dem Rückgang der Konjunktur dazu geführt, daß die Probleme der Wirtschaft wiederum in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt sind. Dabei konnte es nicht ausbleiben, daß die entscheidenden Gesichtspunkte für die

Arbeitsnehmerschaft von der Fülle der stets neu auftauchenden Einzelfragen überwuchert wurden. Es war daher notwendig, einmal diejenigen Punkte herauszustellen, auf die es im Kampf um den Lebenspielraum der Arbeitsnehmerschaft und um die sozialen Errungenschaften der Republik besonders ankommt.

Aus diesem Grunde hat der DGB in Gemeinschaft mit dem IFA-Bund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund für seine Funktionäre und darüber hinaus für alle wirtschaftlich interessierten Gewerkschaftsmitglieder eine kleine Aufklärungsschrift zusammengestellt, in der die zur Zeit wichtigsten Grundfragen der Wirtschaftspolitik eingehender dargelegt werden, als es gewöhnlich innerhalb des beschränkten Raumes von Zeitungsartikeln möglich ist. Die Annahme des Youngplans bot dafür den äußeren Anlaß. Denn dieser „Neue Plan“ leitet für Deutschland einen neuen Wirtschaftabschnitt ein; er legt daher einen Rückblick auf die Vergangenheit und einen Ausblick in die Zukunft nahe, und dies um so mehr, als gerade in diesem Zeitpunkt eine zähe Stockung der wirtschaftlichen Tätigkeit fällt.

Somit verbindet die Schrift durchgehend eine Untersuchung der Entwicklung des letzten Jahres mit einer ungeschminkten Darstellung der augenblicklichen Konjunkturlage. An Hand vielfältigen Zahlenmaterials über den Arbeitsmarkt, über Produktion und Umsatz, Außenhandel, Entwicklung der Löhne und Preise, Kreditfähigkeit und Rentabilität der Unternehmungen werden die bewundernswerten Fortschritte der deutschen Wirtschaft in den verfloßeneren Jahren sichtbar gemacht und gleichzeitig die schweren Störungsercheinungen dargelegt, die aus der fortschreitenden Depression des letzten Jahres folgten und vor allen Dingen zu einer Krise am Arbeitsmarkt führten.

Da jene Störung entscheidend von den Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung beeinflusst worden ist, wird diese Seite des Problems die in enger Verbindung steht mit den deutschen Verpflichtungen gegenüber dem Ausland, in dem Büchlein einer besonders eingehenden Untersuchung unterzogen. Aus der Erkenntnis, daß Kapitalbildung innerhalb jeder Wirtschaftsform notwendig ist, ergibt sich ohne weiteres, daß die Gewerkschaften die Bildung neuen Kapitals unter allen Umständen fördern müssen. Nun ist die Kapitalmenge, die die deutsche Wirtschaft aus eigener Kraft schaffen konnte, im Laufe der letzten Jahre ganz erheblich und in überraschendem Umfang gewachsen. Trotzdem reichte sie für den Bedarf nicht aus. Die Ursachen hierfür sind: die Reparations- und Zinsverpflichtungen ans Ausland; der wachsende Umfang der Erzeugung; die gewaltige Lücke, die Krieg und Inflation in die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen, Straßen, Verkehrsmitteln usw. gerissen haben; schließlich die notwendig gewordene Produktionsumstellung und die Rationalisierung. Hierzu tritt — was von den Unternehmern gern übersehen wird — die beträchtliche Fehlleistung und damit der Verlust von Kapital. Der Zustrom von Auslandskrediten, der in den ersten Jahren nach der Währungsstabilisierung recht beträchtlich war, hielt leider nicht in wünschenswertem Maße an, teils weil der ausländische Kapitalmarkt in ungünstigerer Verfassung war als in den Vorjahren, teils wegen gefühlsmäßiger Urursachen (Reparationsverhandlungen, Erschütterung des Vertrauens in die deutsche Währung), teils durch die Abdroffelungspolitik des damaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht gegenüber der öffentlichen Hand. Die Schrift erläutert die Bedeutung der Auslandsanleihen für die deutsche Wirtschaft und kommt zum Schluß: „Durch die Kapitaleinfuhr wird im allgemeinen die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gesteigert. Im übrigen aber steht heute Deutschland nicht vor der Wahl: verstärkte Kapitalbildung oder Kapitaleinfuhr. Wirtschaftspolitik vernünftig ist heute einzig und allein die Lösung: verstärkte Kapitalbildung durch verstärkte Kapitaleinfuhr.“

Die Zurückhaltung der ausländischen Geldgeber hatte ihren Grund auch in der schwierigen Lage der Finanzen

* Wirtschaftslage, Kapitalbildung, Finanzen; die Entwicklung in Deutschland von 1925 bis 1930, 68 Seiten. Verlagsgesellschaft des DGB, Berlin S 14.

klub von sechs bis sieben Sekundanern und Primanern gebildet. Baluschek schließt sich diesen an und im Kreise gleichgestimmter Kameraden werden vor allem die sozialistischen Theorien in ihrer ideologischen Bezogenheit und in ihrer Wirkung auf Weltanschauungsfragen in streifbare Auseinandersetzungen gebracht. Besonders die Erörterung religiöser Probleme, die naturgemäß den angehenden Theologen am Herzen lagen, erregten die Geister. Baluschek zeigt schon hier sein sicheres Gefühl für den Einschluß jeder kulturellen Wirklichkeit in die ökonomische Gesamtmöglichkeit der bestehenden bürgerlichen Gesellschaft, die auf eine kapitalistische Anarchie beruht, und versucht durch strenge Kontrolle des Erarbeiteten den Ursachen des proletarischen Elends auf den Grund zu kommen. Durch das Bekenntnis zu einem gesunden Rationalismus und Realismus läuft er nicht Gefahr, einer verschwommenen sozialen Gefühlswelt, die gerade am Ende des vorigen Jahrhunderts in den sogenannten gebildeten Kreisen im Schwange war, zu verfallen. Fern jeder Schwärmerei entwickelt der junge Baluschek auch hier schon die besondere Art seiner aktiven, zuchtvollen, elastischen Dialektik, mit denen er die Debatten des kleinen Kreises in Bewegung hält. Er wird Sozialist aus hergegebener Ueberzeugung, Klassenkämpfer aus der ehernen Erkenntnis von der historisch bedingten Ablösung der bestehenden bürgerlichen Unordnung durch die proletarische Klasse. Als er 1899 das Abiturientenexamen mit besser Note bestanden hat, tritt die Frage der Berufswahl auf. Vater will er werden, es ist die selbstentschiedene Antwort. Er geht nach Berlin auf die Hochschule für bildende Künste. Selbstverständlich kam ihm die Akademie Anton von Werners, abgesehen von der handwerklichen Durchbildung seines zeichnerischen und materiellen Temperaments, nicht das geringste bieten. In der Folgezeit bemüht er sich durch die Aufnahme volkswirtschaftlicher Studien die Kompliziertheit

des kapitalistischen Mechanismus zu ergründen. So beginnt sich sein Weg immer stärker zu markieren. Auch medizinische Studien benutzt er als technisch geistige Hilfsmittel zur Herausbildung seines künstlerischen Sozialwillens. Nachdem er 1895 die Akademie verlassen hat, beginnt er das entbehrungsreiche Leben als ein von hohen Idealen erfüllter Künstler. Er wird dann Mitarbeiter von einigen Arbeiterblättern und Zeitschriften. Er besucht Parteiversammlungen und unterstützt durch Interesse und Teilnahme den politischen Tageskampf der sozialistischen Bewegung. Und immer wieder zwingt ihn sein sozialistischer Glaube, in unzähligen Bildern und Zeichnungen (in Öl mit Tempera, eine eigene Maltechnik Baluscheks, in Pastell, mit Kohle, Kreide und Feder) Kleinbürger und Arbeiter und die Deklassierten und Abgetriebenen der bürgerlichen Gesellschaft: Zuhälter, Dirnen, Landstreicher, darzustellen. Als Sozialist sieht er die von kapitalistischer Barbarei verwüstete Welt und als Sozialist will er sie durch sein materielles und zeichnerisches Werk, das in seiner sozial-künstlerischen Analyse von unerbittlicher Objektivität dem Befreiungskampf der Arbeiterschaft parallel geht, zu gestalten und zu verändern versuchen. Einen ersten künstlerischen Erfolg ermöglichte ihn die von Max Liebermann, Leistikow und andere gegründete Sezession, die dem öden akademischen Konventionalismus des wilhelminischen Kunstbetriebes den Kampf ansetzte. Max Liebermann, der ihm in Freundschaft noch heute verbunden ist, nimmt ihn mit in den Vorstand. Mit dem großen prachtvollen Kollossalgemälde „Der Bahnhof“ 1907 begründet er seinen Ruhm und dokumentiert den Sieg eines lebendigen, malarischen Naturalismus. Der Krieg wirft den Landsturmann Baluschek aus der Arbeit. Bilder, vor allem Zeichnungen, von einer schonungslosen Realistik entstehen. Eine Mappe sammelt einen Teil dieser Kriegsbilder, deren antimilitaristische

Tendenz auch in ihrer Sachlichkeit (oder vielleicht gerade darum) unverkennbar ist. Wilhelm II selbst verhindert, daß sie den organisierten Wahnsinn beenden hilft.

Aus der nun hiermit kurz zusammenfassend skizzierten äußeren und inneren Entwicklung Hans Baluscheks sollte seine besondere Bedeutung für die Arbeiterschaft ersichtlich werden. Denn ihr ist es aufgegeben, das Werk des Künstlers in wahrer Dankbarkeit als inneres Besitztum zu betreten. Es gab im Laufe der Zeit, in der sein Werk größeren Kreisen sichtbar wurde, viele einordnende und kritische Bewertungen, die nicht immer seine wahre Werthaftigkeit in der künstlerischen Breite und Tiefe postulierten. Für den einen ist er nur der Eisenbahnmaler, grandios in der sicheren Bewältigung der von ihm geliebten Dynamik des industriellen Zeitalters, für andere hat er nur die Lyrik des Orchesterlebens, der Vorstädte mit ihrer Laubkoloniepest, der Schuttplätze und dem dünnen Wind trotz der barocken Urmlichkeit in zauberhafter Darstellung erschöpft. Wieder andere sahen in ihm nur den Chronisten des Kleinbürgertums, das er in ihrer klassenmäßigen Unterschiedenheit, in ihrer schalen Vergnügungsprimordialität nie humoristisch, sondern in der Aufzeichnung echter volksfreundlicher Liebe sah. Das alles ist richtig, sind aber doch nur thematische Teile. Es kommt aber darauf an, diese Teile zu dem großen sozialkünstlerischen Gesamtwerk, das die seelische und geistige Wirklichkeit des Kleinbürgertums und des Proletariats aufzeigt, zusammenzuführen. Das erst ist der ganze Baluschek und dann erst besitzen wir in seinen vielen Bildern und Kartons, die in meisterhafter Form und gläubiger Gesinnung Zeugnis eines neuen künstlerischen Kollektivismus sind, das Fundament, von dem die Entwicklung der proletarischen klasseneigenen Kunst ihren Ausgang nehmen wird. Walter G. Dschilewki.

Der Verband ruft Dich, Kollege!

von Reich, Ländern und Gemeinden, wie ja überhaupt die augenblickliche Wirtschaftslage teilweise auf die Finanzklemme der öffentlichen Körperschaften zurückzuführen ist. Deshalb steht die Frage der Finanzsanierung im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Erörterungen. Demzufolge widmet die Schrift dem Finanzwesen und der Finanzpolitik ein besonderes Kapitel. Mit einer Klarheit und Kürze, wie man sie auf diesem unübersichtlichen Gebiete selten trifft, wird der Aufbau des deutschen Finanzsystems nach seiner Einnahmen- und Ausgabenseite umrissen, die Verschuldung dargestellt, die durch die Politik des Reichsbankpräsidenten in Verbindung mit der Verschlechterung der Wirtschaftslage zu der augenblicklichen Finanznot führte, und die Wandlung in der sozialen Bedeutung der öffentlichen Haushalte seit dem Kriege hervorgehoben. Die Gestaltung des staatlichen Finanzbedarfs zeigt, wie anders der Staat im republikanischen Deutschland im Vergleich mit dem Staat der Kaiserzeit geworden ist, und wie lebenswichtig es für die werktätige Bevölkerung ist, daß dieser Staat geordnete und gegen alle Stürme gesicherte Finanzen hat. Jede Erschütterung der Finanzlage bedeutet daher vor allem eine ernsthafte Bedrohung der sozialen Ausgaben.

Ueber diese Bedrohung der sozialen Ausgaben berichtet ein weiteres Kapitel, das sich nicht nur mit der Arbeitslosenversicherung und -fürsorge beschäftigt und die Gefahren des von bürgerlicher Seite empfohlenen „solidarischen Ausgleichs“ zwischen den Trägern der Sozialversicherung aufzeigt, sondern darüber hinaus eingehend die finanziellen Unterlagen der Invaliden- und Angestelltenversicherung, der Unfall- und Knappschaftsversicherung sowie der Krankenversicherung untersucht. Es wird die amtliche Feststellung anerkannt, daß die jetzigen Rücklagen der Sozialversicherung, gemessen an der Höhe der Leistungen, die zur notwendigen Sicherheit erforderliche Höhe durchaus nicht überschritten haben. Es wird ferner an Hand der Erhebungen des Bauergewerksverbandes, des Zimmerer- und Dachdeckerverbandes nachgewiesen, daß die jetzigen weitgehenden Beschränkungen der Krisenunterstützung nicht aufrechterhalten werden können.

Im Schlußkapitel werden aus diesen Darlegungen die Folgerungen für die Wirtschafts- und Finanzpolitik im gegenwärtigen Augenblick gezogen.

Die Gewerkschaften halten die Forderung einer planmäßigen Konjunkturpolitik nach wie vor aufrecht. Sie sehen in einer produktiven Arbeitsbeschaffung eine wichtige Voraussetzung für die Linderung der Elendserscheinungen in der kapitalistischen Wirtschaft. Aber diese Betonung der konjunkturpolitischen Forderungen kann nicht daran hindern, klar zu erkennen, daß im Augenblick die Voraussetzungen für ihre Erfüllung besonders ungünstig sind. Man darf sich keiner Illusion darüber hingeben, daß gegenwärtig Reich, Länder und Gemeinden infolge ihrer Kassenverhältnisse nicht in der Lage sind, ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm zu finanzieren. Deshalb ist es die dringlichste Aufgabe, die Finanznot der öffentlichen Körperschaften durch eine Sparpolitik in vernünftigen Grenzen sowie durch ungehinderte Zulassung zu den ausländischen Kapitalmärkten alsbald zu beheben. Damit wird gleichzeitig der Ansturm der Privatwirtschaft gegen die öffentliche Wirtschaft — der leider schon einige Opfer gefordert hat — erfolgreich abgewehrt. Stärkung des inneren Marktes durch Hebung der Massenkaufkraft, Bekämpfung des Wachstumsmonopolisierender Unternehmerorganisationen, Förderung der landwirtschaftlichen Produktion unter Berücksichtigung der Verbraucherinteressen, Förderung der Ausfuhr durch Handelsverträge und schließlich eine Finanzreform unter möglicher Schonung des Massenbedarfs und mit sorgfältiger Kontrolle aller Ausgaben bei voller Befriedigung der sozialen Bedürfnisse sind weitere Forderungen der gewerkschaftlichen Spitzenverbände.

Die Schrift ist eine tiefgründige Aufklärungsschrift für unsere Mitglieder, insbesondere für die Funktionäre unserer Bewegung, ähnlich wie die gleichfalls von den drei Spitzenorganisationen vor fünf Jahren herausgegebene Schrift zur Steuerreform. Sie wird nicht nur in der praktischen Werbe- und Aufklärungstätigkeit nützliche Dienste tun, sondern auch für die zahlreichen Schulungskurse der Gewerkschaften und darüber hinaus der gesamten Arbeiterbewegung wertvolle Anregung vermitteln.

Der Aufbau des deutschen Handwerks.

Der Enquete-Ausschuß veröffentlicht ein groß angelegtes Werk über das deutsche Handwerk in vier Bänden. Eine derartige Materialsammlung ist bisher noch nicht erschienen. Band 100 Handwerkszweige, eingeteilt in Betriebsgrößenklassen und Personengruppen, werden behandelt. Als die größten Handwerkszweige gelten: Metzerei, Zimmerer, Tischler, Sattler, Schmiede, Bäcker, Konditoren und Fleischer. Nach dem Studium dieses Werkes muß man den Gedanken fassen lassen, daß sich das Handwerk auf einer absteigenden Linie bewegt. 1926 waren in Deutschland 1.307.876 Handwerksbetriebe mit 1.200.515 Inhabern, 1.517.046 Gesellen, 766.666 Lehrlingen und 109.125 Angestellten vorhanden. Unter Auscheidung der Hausgewerbetreibenden wurden in der Gewerkschaftsstatistik 1.317.001 Betriebsleiter gezählt, davon entfielen 1.200.515 oder 91% auf selbständige Handwerksmeister. Auf 1900 entfielen im Jahre 1926 32, im Jahre 1929 22 und im Jahre 1926 21 selbständige Handwerksmeister. Die Zahl der Handwerksmeister ist also in den letzten 30 Jahren ziemlich stark gesunken. Rund 10% aller Handwerksbetriebe entfielen auf 19 Handwerkszweige. Die Zahl der beschäftigten

Kollege, lies!

Das Verbandsblatt soll nicht nur der Anregung, Belehrung und Aufklärung des einzelnen Mitgliedes dienen. Das Verbandsblatt ist auch zum Werden bestimmt, und ungeheure agitatorische Werte gehen monatelang dadurch zugrunde, daß das Verbandsblatt noch nicht in der erforderlichen Weise in den Dienst der Werbearbeit gestellt wird. Da liegt es so oft in einer Ecke verstaubt, da wird es verbrannt, verbrochen, und die geistigen Werte, die das Blatt enthält und die tausendfältige Frucht tragen können, werden einfach nicht genügend geachtet.

Reiche dein Blatt deinem Kollegen, der es noch nicht genügend kennt! Doch so allgemein ist auch diese Forderung noch ungenügend. Die jagende Zeit läßt vielen keine Muße zur Lektüre eines Blattes, das ihnen noch nicht nahe steht. Da bekommen sie es denn in die Hand und blättern — und legen es fort. Und die Mühe des Mitgliedes war umsonst.

Auch in der Werbeausnutzung des Verbandsblattes müßten wir zu einer rationelleren Methode kommen. Die Lust zum Lesen ist nicht groß, die Zeit ist knapp, das Interesse verschieden. Aber du weißt, was von dem Inhalte deines Blattes den oder jenen Kollegen besonders interessiert. Reiche ihm dein Blatt darum mit dem Hinweis auf diese oder jene ganz bestimmte Arbeit! Laß ihn erst mal nur das lesen, was er wohl gern einmal liest; dadurch wird eine lebendige Verbindung geschaffen zwischen deinem Kollegen und deinem Blatt und das Interesse für das Blatt überhaupt und damit auch für den Verband geweckt.

Das Leben mit seiner Mannigfaltigkeit und Komplexität hat auch so mannigfaltig geartete Menschen geschaffen. Tausendfältig ist das geistige Interesse, und selbst auf bestimmten Gebieten, wie dem sozialen, gibt es verschiedene Neigungen und Gesichtspunkte, von denen aus das Leben betrachtet wird.

Und hier setzt die rationelle Werbearbeit ein. Sie faßt den einzelnen in der Besonderheit seines Wesens, seiner Neigungen, seines Interesses, und sie lenkt aus diesem Besonderen dann auf das Allgemeine hin.

Nach dem Blättern im Blatte hörst du nachher von deinem Kollegen oft nur allgemeine Redensarten, weil es nichts ist. Aber biete ihm die besondere Aufmerksamkeit für ein bestimmte Arbeit und er ist gewungen, zu Postivem zu stehen und er muß sich mit Postivem beschäftigen. Und du bietest einen festen Punkt, von dem aus er in seiner Weise die Welt deines Verbandes am besten sieht.

Rationelle Verwendung des Blattes im Dienste des Verbandes!

Nimm und lies, Kollege!

Und lies mal das hier! Dr. Gustav Hoffmann.

Personen ist besonders hoch in den nachstehenden Handwerkszweigen: Schneider 437 893, Maurer 421 576, Tischler 296 888, Bäcker 243 013, Schuhmacher 221 225, Fleischer 198 264 und Maler 187 802. Die meisten Handwerksbetriebe sind Kleinbetriebe. Auf Betriebe bis zu drei Gesellen entfallen 94%, auf Betriebe ohne Gesellen 62,8% der erfassten Handwerksbetriebe. Man hat geglaubt, daß die Motorisierung des Arbeitsprozesses und das Anwachsen der Massenproduktion dem Handwerk vollends den Garaus macht, das Gegenteil ist eingetroffen. Der Elektromotor und seine beliebige Verwendung kann als Ketter zahlreicher Handwerkszweige angesehen werden. Wichtige Handwerkszweige, wie die Elektroinstallateure, Mechaniker, Maschinen- und Autoschlosser sind erst auf Grund der modernen Entwicklung entstanden. Das Handwerk wird nach aller Auffassung immer noch als kleinstädtisches und ländliches Gewerbe angesehen. Nach den Feststellungen des Enquete-Ausschusses sind die Handwerksbetriebe gerade in den Großstädten von volkswirtschaftlicher Bedeutung. Das Handwerk ist auch heute noch das wichtigste Rekrutierungsgebiet für die gelernten Arbeiter. 1928 wurden mehr als 760 000 Handwerkslehrlinge festgesetzt. Die Handwerksmeister zählen zu der bestorganisierten Industriegruppe. 1926 betrug die Zahl der Innungen 17 106 mit 936 498 Mitgliedern. Mehr als 70% aller Betriebsinhaber sind in Innungen organisiert. Der Gesamtumsatz des Handwerks wird für 1928/29 mit 20,6 Milliarden oder 14 bis 16% des gesamten volkswirtschaftlichen Umsatzes angenommen. Die Entwicklung der Handwerksbetriebe wird manchen Volkswirtschaftler veranlassen, seine alte Anschauung zu revidieren. Wohl werden auch in Zukunft einzelne Handwerkszweige in ihrer Bedeutung zurückgehen, andere dagegen werden sich desto besser entwickeln. Das Handwerk als Ganzes gesehen wird wohl niemals verschwinden.

Das unsern Beruf

Kollege Friedrich Müller 25 Jahre Geschäftsführer der Filiale Nürnberg.

In diesen Frühlingstagen sind 25 Jahre verflossen, seit Kollege Friedrich Müller die Geschicke der Filiale Nürnberg als freigestellter Geschäftsführer leitet. Schon

lange vorher hatte er sich als Bevollmächtigter des Vob einiger besonders scharfmacherisch eingestellter Unternehmer zugezogen. Mit dem Eintritt des Winters 1904/05 hatten sie es dann so weit gebracht, den rührigen Vertreter der Kollegenschaft aus Lohn und Brot zu drängen. Aber wie so oft in jener Zeit des beginnenden Aufstiegs der deutschen Gewerkschaftsbewegung traf der wohlgeleitete Hieb daneben. Hatte die Filiale vorher stark mit der Fluktuation und ihrem Rückgang während der Wintermonate zu kämpfen, so eröffnete die Maßregelung ganz andere Altkationsmöglichkeiten, indem der Filialvorsitzende seine ganze Person und Zeit in den Dienst der Organisation stellen konnte. Intensive Werbearbeit unter Leitung des unermüdblich tätigen Kollegen Müller brachte es fertig, daß am 1. Mai 790 Kollegen am den Abschluß eines Jahrvertrages und Festlegung eines Mindestlohnes in den Straßen trafen. Die Bewegung wurde mit vorbildlicher Begeisterung durchgeführt, brachte vollen Erfolg und verschaffte der Filiale und ihrem Geschäftsführer die Achtung, deren sie zur Erhaltung all der weiteren Erfolge in diesen langen Jahren bedürftig. Von da an ging es ununterbrochen aufwärts. Wenn die Filiale heute fast 2000 Mitglieder zählt und außer Nürnberg und der Nachbarstadt Fürth 31 Zahlstellen umfaßt, so ist das in erster Linie dem Organisationsvermögen, der zähen Ausdauer und großen Eingabe des Kollegen Friedrich Müller zu danken. Noch heute können sich die Unternehmer nicht ganz damit abfinden, daß ihre Unzulänglichkeit unserer Organisation diesen befähigten Kollegen freigestellt hat. Sie mögen sich damit trösten, daß der Verband sich diese hervorragende Kraft nicht hätte entgehen lassen. Unsere Nürnberger Kollegen aber freuen sich, in ihrem Vorstehenden einen Mann zu haben, der sich ihrer Interessen so rücksichtslos und mit aller Energie annimmt. Mit ihnen entbleibt der ganze Verband dem Jubilar keine Glückwünsche. Möge es unsern Fris Müller vergönnt sein, noch recht lange zum Nutzen der Gesamtarbeiterschaft und unserer nordbayrischen Kollegen im besonderen wirken zu können.

Hannover. Am 13. Mai dieses Jahres vollendet Kollege Johann Schröder das 65. Lebensjahr. Den Kollegen ist er nicht nur durch eifrige und tatkräftige Mitarbeit in unserm Verbande bekannt, sondern seine Tätigkeit erstreckte sich auch auf die übrige Arbeiterbewegung und er hat viel Arbeit, Mühe und Opfer den Arbeiterängern gewidmet. In der früheren Filiale Linden war er Vorstehender und hat an dem Zusammenschluß der Filialen Hannover und Linden mitgewirkt. Als Werkstattdelegierter und Vertrauensmann war er für die Entschärfung der Filiale erfolgreich tätig. Seit vielen Jahren ist er Mitglied des Verbandsausschusses und vertritt jetzt den Posten des Geschäftsführers. Ein harter Kampf um die eigene Existenz verschonte auch unsern Fris Schröder nicht. Krankheit, Arbeitslosigkeit und einige recht harte Schicksalsschläge waren seine Widersacher in diesem Kampf. Aber die Organisation stand ihm über alles, es wird dies auch durch sein Mitgliedsbuch angedeutet, denn keine beitragsfreie Marke wurde geklebt. Kollege Schröder, der schon vor mehreren Jahren zum 25jährigen Verbandsjubiläum begehen konnte, sei hier nun in geistiger Frische seinen 65. Geburtstag. Indem wir ihm unsern Dank für seine reiche Tätigkeit aussprechen, wünschen wir ihm herzlichst noch auf lange Zeit ein frohes Wohlergehen.

Oreishwald. Eine gut besuchte Versammlung nahm am 13. April den Geschäftsbericht des Vorstehenden, Kollegen Sponholz, und den Kassenbericht des Kassierers, Kollegen Kroh, entgegen. Trotz ungünstiger Konjunktur konnten in den letzten Wochen neun Mitglieder neu aufgenommen werden. Die Anwesenden stimmten dem Beschluß des Ortsausschusses, den 1. Mai durch Arbeitsruhe und geschlossene Teilnahme an der vormittags stattfindenden Demonstration zu feiern, einstimmig zu. Nach dem Bericht des Abwesenden sind bei der kürzlich vorgenommenen Geleitenprüfung sieben Ausgelernte freigesprochen worden. Die Mehrzahl derselben war in der Versammlung anwesend und wurde nach einem Hinweis auf die Bedeutung der Organisation und mit der Mahnung, treue Mitglieder zu werden, in den Verband aufgenommen. In zwei Sitzungen mußte sich in letzter Zeit der Gesellenausschuß mit Ueberreicherungen der am 28. Juni 1929 vom Minister für Handel und Gewerbe als rechtskräftig erklärten Festlegung von Lehrjahrsabrechnungen befassen. Ein weiterer Fall betraf die Beschäftigung von drei Lehrlingen über die gesetzlich zulässige Arbeitszeit hinaus. Der betreffende Unternehmer verpflichtete sich, die Lehrlinge nicht mehr wie bisher zehn und mehr Stunden, sondern im Höchstfalle nur noch 8½ Stunden täglich arbeiten zu lassen. Verhandlungen mit dem Arbeitsamt wegen der Einreihung beziehungsweise Herausnahme aus der Sonderfürsorge für Saisonarbeiter sind zur Zufriedenheit unserer Kollegen ausgefallen. Mit dem Ergebnis, auch die wenigen am Orte noch Fernstehenden der Organisation zuzuführen, fand die gut verlaufene Versammlung ihr Ende.

Von der Filiale Halberstadt wird uns geschrieben: Geht nicht ins Harzgebiet!

Der Andrang reisender Kollegen ins Harzgebiet ist in diesem Jahr so stark, wie es noch kein Jahr gewesen ist. Es ist ausgeschlossen, daß diese arbeitshungrigen Kollegen dort alle unterkommen, da in den Harzvorstädten die Arbeit selbst knapp und die nicht verheirateten Kollegen sich schon in den Harz gedrängt haben. Außerdem führen heute viele Sanatorien ihre Arbeiten in eigener Regie aus, gewähren Kost und Logis, die Bezahlung erfolgt dann nach den geringen Sätzen der Hausdiener. Also nicht so glänzend, als es von den Bade- und Reiseorten immer vorgespiegelt wird. Viele durchwandernde Kollegen kehren dann zurück. Es ist aber ausgeschlossen, daß die

Auf zur Frühjahrsagitation!

unabhängigen Schulen und Schülern in der reichlichen Weise die Billalgebühren, Schläfen im Gewerkschaftshaus, um noch lange machen können, da sie selbst knapp gefüllt sind. Sind doch Kollegen, so bedauernd wert-Meisteren auch waren, bei ihren Kreuz- und Querzügen mehr als einmal den Filialen zur Last gefallen.

Deram, ihr jungen Kollegen, es ist bei uns genau so mies wie bei Euch, laßt daher die ausschließlichen Hauswanderungen am Arbeit zu finden.

St. August. Bei Zusammenkunft von 43 Delegierten lagte am 6. April unsere diesjährige Generalversammlung. Der Filialvorsitzende, Kollege Felder, widmete nach einleitenden Worten den Toten des Jahres einen ehrenden Nachruf. Hierauf gab Kollege Brenner den Jahresbericht. Ausgehend von der fürchterlichen Arbeitslosigkeit während der ganzen Dauer des Jahres schilderte er die Kämpfe um die Erhaltung der Arbeitslosenversicherung und betonte erneut die Forderung auf Einbeziehung des Malerberufes in die Arbeitslosenversicherung. Unablässig ist auch die Stellungnahme der süddeutschen Arbeitsämter und Ausschüsse, bei denen unsere Malergebühren ohne Rücksicht auf ihre zurückliegende Tätigkeit samt und sonders als Saisonarbeiter angesprochen und im Bezüge der Arbeitslosenunterstützung erheblich benachteiligt werden. Die Arbeitsbeschaffung ist von uns, bei reger Mitarbeit der Arbeitgeberorganisationen, energisch in Angriff genommen worden. Werbemaßnahmen und Eingaben an die Stadt- und Landesbehörden haben aber erst Anfang dieses Jahres zu greifbaren Erfolgen geführt. Unsere Aufklärung über die Möglichkeit der Ausführung von Malerarbeiten auch in den Wintermonaten muß fortgesetzt werden, bis die Ramschschöft davon überzeugt ist. In 507 Veranstaltungen, davon 182 Maler- und Lackiererzusammenkünften in Jahreshellen und Betrieben, sind wir im letzten Geschäftsjahre mit den Mitgliedern in Verbindung getreten. Eine erfreulich große Zahl von Kollegen hat sich bei der Hausagitation zur Verfügung gestellt. Außerdem ist erfolgreich auf dem Gebiete des Bauarbeiterkampfes gearbeitet worden. Mehrfach mußte das Gewerbeamt zur Befreiung von Mißständen — besonders weil gesundheitsgefährdende Sprüharbeiten in ungeeigneten Räumen ausgeführt wurden — angerufen werden. Obwohl unsere Mitglieder die Unterhaltung der Wahl einer ordnungsgemäßen Betriebsvertretung durch schlechte Erfahrungen haben mußten, lassen sie sich noch immer derartige Versammlungen zuschanden kommen. Der Wert von Betriebsräten oder -oblenken wird von den Kollegen in der Industrie besser geschätzt. Durch 21 Klagen vor dem Arbeitsgericht sind für unsere Kollegen rund 1000 M. Lohnforderungen herausgeholt, wofür 12 Fälle wurden auf gutem Wege zur Zufriedenheit der Beteiligten beigelegt. Die Lohnregelung im Baugewerbe brachte für Stuttgart 5 A, für die übrigen Jahreshellen 4 A die Stunde. In den Industriebetrieben wurde der Grundlohn um 3 A erhöht. Ein begründeter Antrag in der tariflichen Regelung der Lohn- und Urlaubfrage wurde für die Lackiererlehrlinge gemacht. Der Stundenlohn ist für das erste Halbjahr auf 10 A, steigend bis zum letzten Halbjahr auf 27 A festgesetzt. Chemnitz der Urlaub mit einer Dauer von 5 Arbeitstagen im ersten, 4 Arbeitstagen im zweiten und 3 Arbeitstagen im dritten und vierten Lehrjahre geregelt. So gering diese Vereinbarungen an sich auch sind, bedeuten sie doch einen wesentlichen Fortschritt gegenüber dem unhaltbaren Zustand im Malergewerbe. Unsere Mitgliederbewegung weist einen Zugang von 46 Mitgliedern auf. Zu rügen ist, daß zureichende Mitglieder vielfach die Anmeldung in der Geschäftsstelle unterlassen, dann in Rückstand geraten und nicht selten ihrer Mitgliedschaft verlustig gehen. Erfreuliche Fortschritte machte unsere Jugendabteilung. Durch Steigerung der Werbetätigkeit muß es gelingen, die Jungkollegen des ganzen Filialgebietes in unsere Abteilungen zusammenzufassen und damit den Bestrebungen der Unternehmer auf Gründung meisterfreier Jungmalergruppen einen Strich durch ihre arbeiterfeindliche Rechnung zu machen. Die Kassenverhältnisse der Filiale haben sich bei dem unzureichenden Lokalzuschlag nur wenig verändert. Nach erfreulich sachlicher Aussprache erfolgte die Entlastung und einstimmige Neuwahl der Filialverwaltung. Hierauf referierte noch Bezirksleiter Kollege Hüß über den Ablauf des Reichstarifvertrages und des Lohnabkommens. Mit einem ansehnlichen Appell zu reger Mitarbeit beim weiteren Ausbau der Organisation konnte dann der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung schließen.

Peine. Zur Gesellenprüfung der hiesigen Maler-Zwangslernung waren in diesem Jahre 22 Prüflinge erschienen. Das mag nach Ansicht des Reichsbundes ein gutes Zeichen für das danieliederliegende Handwerk sein, daß aber zwischen Lehrlingsausbildung und Lehrlingszufuhr ein gewaltiger Unterschied ist, geht schon daraus hervor, daß von den 22 Malerlehrlingen 12 die Prüfung nicht bestanden. Es ist eben feststehende Tatsache, daß viele Meister es mit ihrer Pflicht zur sorgfältigen Ausbildung nicht genau nehmen, sondern in dem jungen Berufskollegen nur die billige Arbeitskraft zu schätzen und auszunutzen verstehen. Die Innung wird auf das obige traurige Ergebnis gewiß nicht mit Stolz zurückblicken. Bezeichnend ist, daß die beiden Lehrlinge eines älteren Meisters durchfielen, auch vor einigen Jahren war dies der Fall. Galt man einen solchen Meister weiter für fähig, Lehrlinge „auszubilden“. Hier wäre es Aufgabe der Handwerkskammer in Hildesheim, einmal energisch einzugreifen. Erfreulich ist, daß unsere sämtlichen organisierten Jungkollegen die Prüfung mit „sehr gut“ und „gut“ bestanden, ein Beispiel von der Erziehungs- und Ausbildungsarbeit unserer Jugendabteilung. Diesen tüchtigen jungen Verbandskollegen rufen wir ein frohes: Viel Glück! entgegen.

Berufsunfälle

Hamburg. Der Malergehülfe Fr. Schmeier stürzte während der Arbeit von einer Leiter und erlitt sehr erhebliche Verletzungen.

Kollege H. Stüttgen, aus der Jahreshelle Wrensbura, erlitt ebenfalls einen Arbeitsunfall und zog sich dabei einen Knöchelbruch zu.

Kollege O. Schustelitz brach mit einem Brett, darauf er während der Arbeit stand, zusammen. Er zog sich erhebliche Knochenverletzungen zu.

Noch ist . . . Kampfeszeit.

Legt dein Ohr an die Erde und höre . . . und du wirst Hufgestampfe hören, in weiter Ferne nur, aber näher und näher kommend.

Es ist die Zukunft auf lichtweißen Pferden . . . eine goldene Krone im blauen Banner . . . die Krone des Menschen und seines Sloges und seines Königtums!

Raffe dich auf aus deinem Alltag und gürt das Schwert um deine Lenden und kämpfe ihr entgegen . . . denn noch ist . . . Kampfeszeit.

Clara Matheison

Magdeburg. Am 24. März verunglückte unser Kollege Rudolf Lönies durch Sturz vom Leitergerüst. Er zog sich außer anderen inneren Verletzungen mehrere Rippenbrüche zu und mußte dem Krankenhaus zugeführt werden.

Baugewerbliches

Soziale Bauwirtschaft.

Sondernummer: Arbeitsuntersuchungen. 88 Seiten mit 109 Abbildungen, Preis 4 M., Berlin S 14, Inselstraße 6. Jede zweckmäßige Betriebsorganisation beruht auf Erkenntnissen, die zuerst durch Ueberlegung gewonnen und dann durch die praktische Arbeit entweder bestätigt oder ihren Erfordernissen angepaßt wurden. Weil die zweckmäßigste Organisation, durch die bei größtmöglicher Schonung der menschlichen Arbeitskraft der höchste Wirkungsgrad erreicht wird, nur aus der praktischen Arbeit heraus entwickelt werden kann, ist es notwendig, den Arbeitsgang selbst zu beobachten und die gewonnenen Beobachtungsergebnisse zu zergliedern. Die dadurch gewonnene Einsicht in den tatsächlichen Arbeitsvorgang wird entweder die Nichtigkeit der getroffenen Anordnungen bestätigen oder aber zeigen, wo ihre Aenderung notwendig ist, um Verlustquellen zu beseitigen. Jede Willkür wird ausgeschaltet. Die getroffenen Anordnungen beruhen nun auf vernünftigen Erwägungen. Die Arbeitsleistung wird vernünftig — rational. Erscheinen diese Erwägungen auch selbstverständlich, so gewinnen sie für das Baugewerbe doch erst ganz allmählich Geltung. Bahndirektoren haben hier gewirkt der Verband sozialer Baubetriebe durch seine Abteilung Wirtschaftliche Betriebsführung, das Deutsche Handwerksinstitut durch seine Abteilung Technische Betriebswirtschaft und auch die Reichsforschungsgesellschaft durch eine ganze Anzahl wertvoller Veröffentlichungen. Ausschließlich von dieser praktischen Arbeit berichtet die Soziale Bauwirtschaft in ihrer Doppel-Sondernummer 8/9. Zum ersten Male wird hier über das gesamte Gebiet der Arbeitsuntersuchung im Baugewerbe gründlich berichtet und die Notwendigkeit verschiedenartiger Untersuchungen an Beispielen aus der Praxis nachgewiesen. Dipl.-Ing. Otto Kade, der Leiter der Abteilung wirtschaftliche Betriebsführung im Verband sozialer Baubetriebe zeigt den hohen Wert der Arbeitsuntersuchung zur Aufdeckung von Verlustquellen in ihrem Zusammenhang mit der Betriebsorganisation. Dr.-Ing. Edgar Hof, der Leiter der Abteilung Technische Betriebswirtschaft im Deutschen Handwerksinstitut, schildert in großen Zügen die Aufgabe, den Zweck und die Durchführung von Arbeitsuntersuchungen an der Hand zahlreicher Beispiele aus der Praxis. Die Technik von Zeitstudien im Baubetrieb veranschaulichen zwei Aufsätze von Dr.-Ing. Schneider-Arnold. Die Bauhöfengeschäfts-

führer Lück und Kof berichten in zwei inhaltreichen Beiträgen über ihre Untersuchungsergebnisse auf den Baustellen. Der Frage der Arbeitsvereinfachung und Ermüdungsmindeung ist ein Beitrag von Dr. R. W. Schulte gewidmet. Die klaren, knapp gefaßten, durch Beigabe von 109 Abbildungen, graphischen Darstellungen und entsprechenden Vordrucken belebten Ausführungen der genannten Verfasser vermitteln zweifellos eine Fülle von Anregungen, die der gesamten Bauwirtschaft zum Nutzen gereichen werden.

Gewerkschaftliches

Warnung vor Kautionschwindlern.

Arbeiter, Angestellte, insbesondere Arbeitslose! Seid vorsichtig, wenn Euch Arbeit oder Anstellung gegen Kaution oder Interesseneinlage geboten wird. Erkundigt Euch erst, ehe Ihr Euch auf Verhandlungen oder gar Hingabe von Geld einlaßt. Die Ortsausschüsse des ADGB, auch Eure Organisation können Euch vor dem Verlust Eures Geldes bewahren, wenn Ihr Euch dorthin zur rechten Zeit wendet. Vielfach kommt es vor, daß Arbeitslose aus Ersparnissen oder mit Hilfe von Angehörigen einen Geldbetrag zusammenbringen, um ihn zur Erlangung einer Arbeitsstelle als Kaution oder als sogenannte Interesseneinlage zu verwenden. Die Gefahr ist sehr groß, daß man dabei zweifelhaften Existenzen in die Hände fällt und sein Geld einbüßt.

Erkundigt Euch daher erst, ehe Ihr in Verhandlungen tretet. Auch das zuständige Amtsgericht gibt kostenlos und an Jedermann Auskunft darüber, wer den Offenbarungseid geleistet hat, auch auf schriftliche Anfrage.

Eine Unternehmergewerkschaft soll gegründet werden.

Wenn man die Verhältnisse der organisatorischen Zusammenhänge in den beiden Lagern Arbeit und Kapital näher betrachtet, dann muß man immer wieder feststellen, daß hier große Unterschiede vorhanden sind. Die Unternehmer sind weit besser organisiert als die Arbeiter und Angestellten. Trotz mühsamer Agitationsarbeit steht ein großer Teil der Hand- und Kopsarbeiter den Gewerkschaften fern. Anders ist es bei den Unternehmern. Die großen Unternehmungen sind sämtlich doppelt und dreifach organisiert, bei den mittleren dürfte dasselbe der Fall sein. Aber selbst die Handwerksmeister gehören zu mehr als drei Vierteln ihren Berufsvereinigungen an. Allerdings ist bei den Organisationen der Unternehmer eine große Zersplitterung festzustellen, die aber durch den Zusammenstoß zu Spitzenorganisationen ausgeglichen wird. Eine Reform der Unternehmerverbände wird seit längerem erwogen. In der „DZ“, Nr. 79 macht ein Rechtsanwalt folgenden Vorschlag:

„Die Gründung eines umfassenden Unternehmerbundes mit politischer Stützkräft gegen die Allmacht der Arbeitnehmer-Gewerkschaften ist daher nötig. Eine Art Unternehmer-Gewerkschaft mit Millionen und Abermillionen Kampffonds für die Kewahlen in Reich, Staat und Gemeinden, mit geschulten Gewerkschaftsführern usw. hätte längst geschaffen werden müssen. Das Lebensinteresse der ganzen deutschen Unternehmerenschaft an einer derartigen Kampforganisation wirtschafts- und kulturpolitischer Art ist wohl nie so deutlich hervorgetreten, wie in unsern Tagen. Diese Organisation muß für den nächsten Ansturm des Marxismus und seiner Massen sofort in die Wege geleitet werden, natürlich im Rahmen der Verfassung. Das Unternehmertum muß sich endlich darüber klar werden, daß die bis heute erkennbar gewordene Entwicklung der Dinge „fortzujugend Böses muß gebären“, und daß der ganze Scherbenhaufen grundtätlich und nur auf das Unternehmertum und den gewerblichen Mittelstand sowie auf die Hausbesitzer, kurz auf Kapital und Besitz, abgeladen wird.“

Dieser Vorschlag eröffnet allerdings Perspektiven. Wenn auch eine Unternehmer-Gewerkschaft auf diese Art keine Bäume aus der Erde reifen kann, so zeigen doch die immerwährenden Vorschläge und Versuche, daß man eine stärkere Zusammenfassung beabsichtigt. Bei den Gewerkschaften ist die Zersplitterung mindestens so groß wie bei den Unternehmern, hinzu kommt noch, daß religiöse und politische Richtungen vorhanden sind. Jedenfalls werden die Gewerkschaften die Vorgänge im Unternehmerlager sehr genau verfolgen müssen. Für die Arbeiter aber muß die Lösung gelten:

Siecht in Deinen Verband!

500 000 Arbeitslose mehr als im Vorjahr. Mitte April 1930 war die Arbeitslosigkeit um rund 500 000 höher als zu gleichem Termin des Vorjahres. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 16. April ist die Entlastung des Arbeitsmarktes nur langsam fortgeschritten. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist in dieser Zeit um rund 195 000 Personen auf 1 859 000 zurückgegangen. In der Arbeitslosenversicherung erhöhte sich die Zahl der Unterstützten um 8700 auf 302 000. Insgesamt wurden also Mitte April 2 160 000 Arbeitslose unterstützt. Gegenüber Ende Februar ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um rund eine halbe Million zurückgegangen. Gegenüber dem gleichen Zeit des Vorjahres ist aber die Zahl der unterstützten Arbeitslosen um 480 000 höher. Ein außerordentlich betrübliches Zeichen ist es, daß die Arbeitslosigkeit in solch geringem Maße abnimmt. Es ist möglich, daß auch die nächsten Wochen noch eine Abschwächung der Arbeitslosigkeit bringen. Die Aussichten sind aber gering, wenn man bedenkt, daß die Großindustrie in ziemlich erheblichem Umfang Arbeitskräfte abstoßt. Die Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand fragen weiter zur Verfestigung des Arbeitsmarktes bei. Inzwischen macht die

Schafft Arbeit für das Malergewerbe!

Meldet antrichsbedürftige Objekte an den Reichsausschuß für Sachwerterhaltung in Berlin!

Meldekarten sind beim Filialvorstand zu haben.

Schutz vor Wetter und Verfall: Lack und Farbe überall!

Die Not der Zeit erfordert die Mitarbeit aller Berufstätigen

Rationalisierung Fortschritte und legt Arbeitskräfte frei. Alle die angeführten Maßnahmen tragen insgesamt dazu bei, den Arbeitsmarkt weniger aufnahmefähig zu gestalten. Die Aussichten sind also außerordentlich trübe. Kein Mensch kann voraussehen, wann einmal jener Umschwung eintritt, der so dringend erforderlich ist.

Genossenschaftliches

Was muß man von der Volksfürsorge wissen?

Prämienfreie Versicherung, Rückkauf. Im Gegensatz zu den meisten andern Gesellschaften, die bedingungslos die Möglichkeit der Umwandlung in eine prämiensfreie Versicherung erst nach Jahren vorsehen, läßt die Volksfürsorge die Umwandlung von Volksversicherungen in prämiensfreie Versicherungen bereits im ersten Versicherungsjahr zu. Die Versicherungssumme dieser prämiensfreien Police bemißt sich nach den von dem Versicherungsnehmer eingezahlten Prämien und kommt unter denselben Voraussetzungen zur Auszahlung, wie bei der ursprünglich beantragten Versicherungssumme vereinbart (vergleiche § 6 der Volksversicherungsbedingungen).

Auch in der Lebensversicherung sind die Bedingungen der Volksfürsorge zur Vermeidung eines vorzeitigen Verfalls einer Versicherung günstiger als bei den andern Gesellschaften. Die Umwandlung wird überhaupt nicht von dem Ablauf einer bestimmten Frist abhängig gemacht, sondern von einer Prämienleistung, die in der Regel schon im zweiten Versicherungsjahr erfüllt ist (vergleiche § 4 der Lebensversicherungsbedingungen).

In derselben vorteilhaften Weise unterscheiden sich auch die Bestimmungen über das Kündigungsrecht des Versicherungsnehmers bei der Volksfürsorge und den andern Gesellschaften. Bei einer solchen einseitigen Aufhebung des Vertrags läßt sich allerdings ein mehr oder minder erheblicher Verlust für den Versicherten nicht vermeiden, da die Gesellschaft selbstverständlich nicht die in den Tarifprämien enthaltene und bei Stellung des Antrags auf Rückkauf verbrauchte Aufschläge für

der nahezu die dritte Million erreicht hat, was im Jahre 1930 sicher der Fall sein wird.

Ein glänzendes Gegenstück bildet die Entwicklung des Warenumsatzes, der im Jahre 1929 rund 1212 Millionen Mark betrug gegen 1093 Millionen Mark im Jahre 1928 und 787 Millionen Mark im Jahre 1926 mit einer um rund 200 000 Familien größeren Mitgliederzahl! Dies prägt sich am besten im Durchschnittsumsatz je Mitgliederfamilie aus, der im Jahre 1929 rund 424 M betrug gegen 373 M im Vorjahre und nur 284 M im Jahre 1926. Er hat sich also nahezu verdoppelt, obwohl die Warenpreise zum Teil niedriger waren als im Jahre 1926.

Auch die Geschäftsanteile (Betriebskapital) der Mitglieder zeigen eine recht respektable Aufwärtsbewegung. 1929: 59,5 Millionen Mark, 1928: 48 Millionen Mark und 1926: 29,4 Millionen Mark. Wohl zu beachten ist, daß die Geschäftsanteile fast durchweg aus den Rückvergütungen auf den Warenumsatz stammen, so daß die Mitglieder neben den ausgezahlten Rückvergütungen seit dem Jahre 1926 noch einen Spargroschen von 30 Millionen Mark auf die „Kante“ brachten. Und wenn es auch nicht gerade viel ist, so ist „etwas“ immer noch mehr als — nichts.

Die Entwicklung der Spareinlagen bildet eines der schönsten Kapitel in der konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsbewegung, die alle guten wirtschaftlichen Eigenschaften ihrer Mitglieder in Fluß bringt und zur Schau stellt. Auf 371,75 Millionen Mark sind sie gewachsen von 295,9 Millionen Mark im Jahre 1928 und 137,3 Millionen Mark im Jahre 1926. Es ist ein rechter Sparbetrieb wieder vorhanden, der noch deutlicher in die Erscheinung tritt, wenn man das letzte Vorkriegsjahr 1914 mit 79,1 Millionen Mark den nahezu 372 Millionen Mark vom Jahre 1929 gegenüberstellt. Dies Vertrauen ihrer Mitglieder ehrt die deutsche konsumgenossenschaftliche Bewegung am meisten. Es sollte nur auch noch stärker beim Umsatz zum Ausdruck kommen, der doch das wirtschaftliche Rückgrat der Bewegung bildet.

Zum Schluß ist notwendig darauf hinzuweisen, daß diese Zahlen noch nicht die ganze konsumgenossenschaftliche Bewegung erfassen; denn dazu gehört auch der „christlich“ firmierende Reichsverband deutscher Konsumvereine (Sitz Köln) mit rund 800 000 Mitgliederfamilien und einem Jahresumsatz von rund 200 Millionen Mark. Womit die Gesamtmitgliederzahl genossenschaftlich organisierter Verbraucher aller Schichten der Bevölkerung an nahezu 4 Millionen Familien herankommt, also rund 25 % der Gesamtbevölkerung umfaßt! Der Gesamtumsatz im Jahre 1929 dürfte über anderthalb Milliarden Mark betragen haben.

Alles in allem: Ein gesunder Anschauungsunterricht genossenschaftlicher Selbsthilfe.

Sozialpolitisches

„Die reaktionärste Regierung der Republik.“

Vor der Reichstag in die Osterferien ging, herrschte im Wolltoban ein Hochbetrieb wie an sehr großen Tagen. Es galt die neuen Gesetzesvorlagen, Zolländerungen und neue Steuern zu verabschieden. Die neue Regierung ist 14 Tage im Amt. Sie hatte diese Zeit benutzt, um die widersprechenden Elemente so weit zusammenzubringen, daß eine Regierung überhaupt möglich war. Die große Koalition war gesprengt worden wegen belangloser Kleinigkeiten. Die verhältnismäßig geringe Summe von 70 Millionen Mark hatte den Stein des Anstoßes gebildet. Die neuen Männer mußten versuchen, eine Regierungsmehrheit ohne die Sozialdemokratie zustande zu bringen. Deshalb war es notwendig, neben einem Teil der Deutschnationalen die Splitterparteien heranzuziehen. Weil es also keine großen Parteien waren, die die Regierung stützten, kam jenes Flickwerk zustande, wie es sich in den neuen Steuergesetzen zeigt. Die Regierung Brüning verband die Steuergesetze mit der Agrarvorlage. Es wurde ein sogenanntes Klammergefäß geschaffen, das bestimmte, daß das eine ohne das andere nicht möglich sei. Wer also die Steuervorlagen annehmen und das Agrarprogramm ablehnen wollte, wäre dazu nicht imstande gewesen.

Die dritte Lesung der neuen Steuer-, Zoll- und Agrar-gesetze gestaltete sich ziemlich dramatisch. Nachdem das Klammergefäß nur mit einer Mehrheit von 11 Stimmen angenommen war und in der zweiten Lesung ebenfalls knappe Zufallsmehrheiten zustande gekommen waren, mußte die Regierung besorgt sein, die Abschlußabstimmungen günstig durchführen zu können. Es wurde deshalb alles daran gesetzt, jeden verfügbaren Mann und jede nur erreichbare Frau zur Abstimmung zu bringen. Deshalb wurden die Abgeordneten auf dem schnellsten Wege, teilweise mit dem Flugzeug, nach Berlin befördert. Und als man so einigermaßen der Mehrheit sicher sein konnte, schritt man zur Schlußabstimmung. Das Resultat war ein klägliches: das Agrarprogramm wurde mit 44 Stimmen Mehrheit, die Tabak- und die Zuckersteuer mit 6 Stimmen Mehrheit, die Bier-, Umsatz- und Konsumsteuer mit 5 Stimmen Mehrheit und die Mineralwassersteuer mit einer Mehrheit von nur 4 Stimmen angenommen. Die Herabsetzung der Zuweisungen für die Invalidenversicherung erlangte eine Mehrheit von 45 Stimmen. Mit diesem Pyrrhuszug in der Tasche konnte die derzeitige Regierung den Reichstag in die Ferien schicken.

Es war ein Redner des Zentrums, der die so getroffene Regelung der Steuer- und Zollvorlagen als die reaktionärste Politik bezeichnete, die je eine Reichstagsmehrheit seit Bestehen der Republik betrieben hätte.

Bevölkerungsentwicklung und Arbeitsmarkt.

Die immer mehr eintretende Verschiebung im Aufbau der Bevölkerung wird in der Wirtschaftsentwicklung und namentlich auf dem Arbeitsmarkt stark in Erscheinung

treten. Wir hatten 1910 bei einer Gesamtbevölkerung im heutigen Reichsgebiet von 58 Millionen etwa 20 Millionen Kinder und 38 Millionen Erwachsene, jetzt haben wir bei einer Bevölkerung von 64 Millionen 15 Millionen Kinder und 49 Millionen Erwachsene. Dieses Verhältnis wird sich in der Zukunft eher noch verschlimmern. Daß sich unter diesen Umständen eigentümliche Erscheinungen bemerkbar machen, steht außer Frage. Von besonderer Bedeutung sind die Einflüsse auf den Arbeitsmarkt. Nach einer Untersuchung des Konjunkturinstituts wird die Zahl der männlichen Erwerbstätigen im Alter von 14 bis 16 Jahren voraussichtlich betragen (in Tausend):

1930	1932	1934	1935	1936	1938	1939
785	483	585	465	914	809	800

Wie wird sich nun der Arbeitsmarkt unter diesen Umständen gestalten? In all den Berufen, für die ausschließlich oder vorwiegend jugendliche Arbeitskräfte in Frage kommen, wird mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit zu rechnen sein. Das Konjunkturinstitut warnt aber davor, für den Arbeitsmarkt in der Gesamtheit eine Entlastung zu erwarten. In dem Wochenbericht Nr. 3 lesen wir hierüber: „Selbst wenn die schlechteste Kriegsgeburtensjahrgänge in höhere Altersstufen aufsteigen, so macht sich dies in der Gesamtzahl der Erwerbstätigen nur verhältnismäßig wenig bemerkbar. Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen wird zwar in den Jahren 1931 bis 1934 voraussichtlich leicht zurückgehen, in den darauf folgenden fünf Jahren jedoch wieder, wenn auch in langsamem Tempo, zunehmen.“

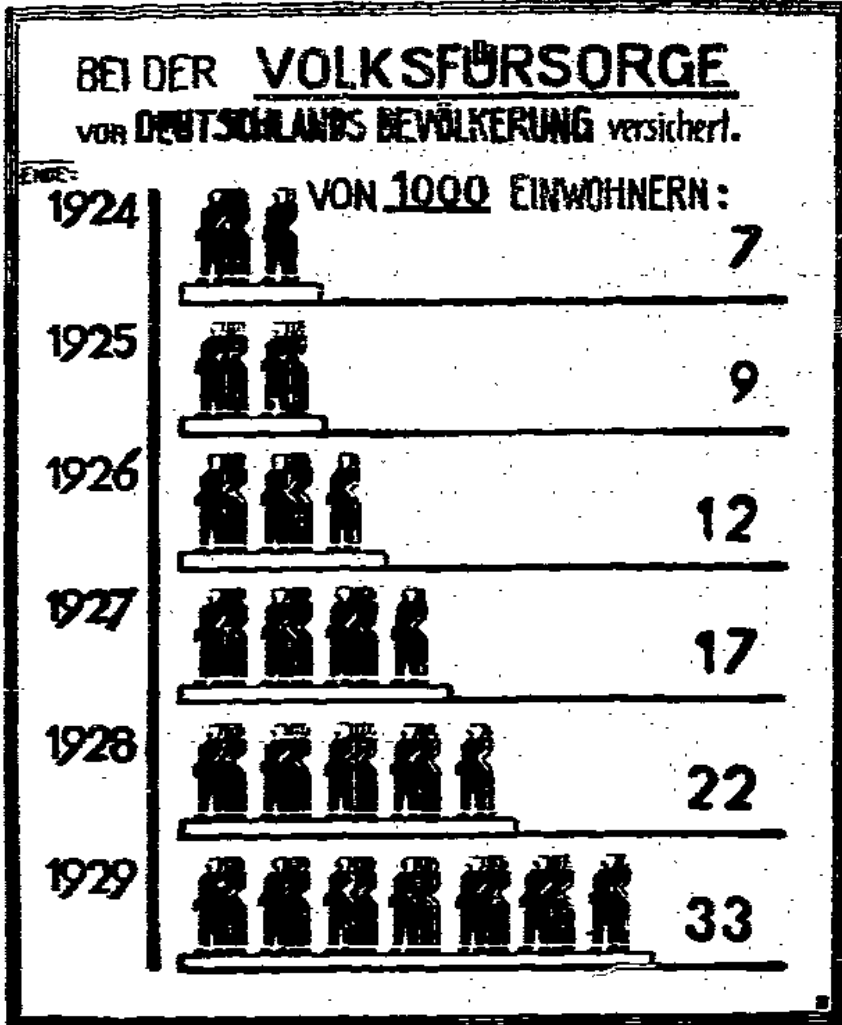
Soll der Arbeitsmarkt entlastet werden, so muß der Bedarf der Wirtschaft an menschlichen Arbeitskräften steigen. Der Arbeitsbedarf muß sogar rascher wachsen als die Zahl der Erwerbstätigen zunimmt. In diesem Punkt sind wir weniger optimistisch als das Institut für Konjunkturforschung. Weiter wird an eine Entlastung des Arbeitsmarkts die Voraussetzung geknüpft, daß das Ueberangebot an älteren Arbeitskräften herangezogen wird. Die Lohnunterschiede spielen hier hinein. Der Ausgleich auf dem Arbeitsmarkt wird sich also nicht ohne Reibung vollziehen. Eine Belebung der Konjunktur kann durch die Verschiebung des Verbrauchs eintreten. Es wird weniger Kinderbedarf vorhanden sein, aber die Bedarfsgegenstände für die Erwachsenen werden einen größeren Markt haben. Je mehr Haushaltungen z. B. vorhanden sind, je höher steigt der Bedarf an Wohnungen, Hausrat, Möbeln usw. Die Entwicklung geht also dahin, daß der Arbeitsmarkt vorläufig von der verringerten Geburtenziffer weniger berührt wird. Die Gewerkschaften haben darüber zu wachen, daß die notwendigen Verschiebungen der Arbeitskräfte nicht zu Lohnbrückeri usw. benützt werden.

Rationalisierung ist die Hauptursache der deutschen Arbeitslosigkeit.

In der englischen Zeitschrift „Manchester Guardian Commercial“ finden sich über die Ursachen der gegenwärtigen erschreckenden Arbeitslosigkeit in Deutschland beachtenswerte Ausführungen. Keine Woche vergeht, ohne daß diese Zeitschrift, ohne daß in Deutschland auf dem einen oder andern Gebiet weittragende Rationalisierungsmaßnahmen nicht stattfinden würden. Zahllose Unternehmungen wurden vereinigt, zahllose Betriebe wurden im Verlauf dieses Prozesses der Rationalisierung auch in jüngster Zeit stillgelegt. Das bringt aber Arbeitslosigkeit, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen des Welthandels durch erhöhte Umsätze nicht ausgeglichen werden kann. Es wird immer klarer, daß das unmittelbare Problem Deutschlands nicht die Reparationsfrage, sondern das Arbeitslosienproblem ist. Die Reparationslast wäre nicht so drückend, wenn Deutschland seiner ganzen erwerbstätigen Bevölkerung Beschäftigung hätte. Die beiden Wege zur Verminderung der Arbeitslosigkeit: vermehrte Ausfuhr und Auswanderung stehen heute nur in beschränktem Maße offen.

Ist die Lebenshaltung wirklich billiger geworden?

Nach der Behauptung unserer Arbeitgeber bei den verflorenen Lohnverhandlungen soll dies der Fall sein. Behauptungen sind aber keine Beweise. Gewiß, die Großhandelspreise, noch mehr die Erzeugerpreise zeigen bei fast allen wichtigen Lebensmitteln seit längerem eine stark rückläufige Tendenz. Die Preisrückgänge für Getreide, Roggen ebenso wie für Weizen haben sogar die auf dem Getreideanbau beruhenden landwirtschaftlichen Großbetriebe in eine äußerst kritische Lage gebracht, so erheblich waren infolge der guten Ernte und des Ueberangebots auf dem Weltmarkt die Getreidepreise gesunken. Demgegenüber zeigen die Kleinhandelspreise eine hartnäckige Unbeweglichkeit, ja sogar in wichtigen Einzelposten eine nicht unbeträchtliche Steigerung. Wenn man die Lebenshaltungskosten des deutschen Statistischen Reichsamts im Januar 1930 mit den Lebenshaltungskosten im Januar 1929 vergleicht, so zeigt sich, daß der Gesamtlebenshaltungsindex nur unwesentlich verändert ist (Januar 1929 = 153,1, Januar 1930 = 151,6). Untersucht man die Berliner Kleinhandelspreise auf Grund der Erhebung über Kleinhandelspreise in 19 deutschen Großstädten am 22. Januar, so fiel gegenüber dem 23. Januar 1929 der Preis für das Kilo beim Brot trotz der starken Senkung der Getreidepreise nur um 1 %, während das Weizenmehl sogar um 1,3 anstieg, die Granen um 2,3. Gestiegen sind vor allem die Fleischpreise: Schweinefleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch und Speck um je 20 %, das Kilo, Fisch um 10 %, ebenso das Schmalz. Wesentlich gefallen ist nur die Butter, die in der Molkereibutterqualität um 50 %, in der Landbutterqualität um 30 % im Preis sank, während entsprechend die Milch je Liter sich um 2 % verbilligen konnte.



Verwaltungskosten sowie die Risikoanteile zurückgewähren kann. Während aber bei den andern Gesellschaften ein Rückkaufsrecht erst nach dreijährigem Bestehen der Versicherung geltend gemacht werden kann, ist der Versicherungsnehmer bei der Volksfürsorge — soweit die Volksversicherung in Betracht kommt — berechtigt, schon zum Schluß des ersten Versicherungsjahres zu kündigen.

Die Kündigung einer Lebensversicherung ist zum Schluß eines jeden Quartals zulässig.

Es muß aber in Rücksicht auf die oben begründeten unvermeidbaren Verluste vor einem Rückkauf nachdrücklich gewarnt werden.

Die Entwicklung der Konsumgenossenschaften im Jahre 1929.

—ii. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine (Hamburg) veröffentlichte kürzlich die Quartalszahlen von 1929 über Mitglieder, Umsatz usw. der ihm angeschlossenen Konsumgenossenschaften, soweit sie 400 und mehr Mitglieder zählen. Das Endergebnis für 1929 wird also ein noch besseres sein, als es sich aus den nachfolgenden Zahlen ergibt, weil die Konsumgenossenschaften unter 400 Mitgliedern auch noch respektable Gesamtsummen im Umsatz usw. beizubringen. Am die erzielten Fortschritte zu veranschaulichen, genügt eine Gegenüberstellung der Jahreszahlen von 1927, 1928 und 1929. Mit einem Fortschritt und einem Rückgang zugleich wird nur von den Mitgliederzahlen aufgewartet, insofern der Stand der Mitglieder Ende 1929 2 909 624 Familien betrug gegen 2 814 910 Ende 1928 und 3 122 912 Ende 1926. Der Rückgang gegen 1926 findet seine einfache Erklärung darin, daß die Konsumgenossenschaften von 1926 ab hunderttausende Mitglieder angeschlossen, die in den Inflationsjahren als Jungvolk herangezogen waren, aber nie umfangreiche Genossenschaftler wurden. Erfreulicherweise beginnt in 1929 wieder ein sichtbarer Anstieg.

Niemand darf zurückstehen, nur geschlossen im Verband

Arbeitslosenversicherung

Wer erhält Invalidenrente?

Nach § 1235 der Reichsversicherungsordnung wird die Hauptleistung der Invalidenversicherung, die Invalidenrente, beim Vorliegen der verschiedenen Voraussetzungen gewährt. Bedingung ist dabei jedoch stets, daß die sonstigen Voraussetzungen zum Erhalt der Leistungen (Erfüllung der Wartezeit, Aufrechterhaltung der Anwartschaft) erfüllt sind. Einmal erhält jeder Versicherte die Rente, der das Alter von 65 Jahren vollendet hat. Der körperliche oder geistige Gesundheitszustand des Versicherten spielt dabei ebensowenig eine Rolle, wie der Grad seiner Erwerbsfähigkeit. Weiter hat der Anspruch auf Rente, der infolge Krankheit oder anderer Gebrechen dauernd invalide ist. Endlich erhält auch der Versicherte Rente, der nicht dauernd invalide ist, aber während 26 Wochen ununterbrochen invalide gewesen ist, oder der nach Wegfall des Krankengeldes invalide ist, für die weitere Dauer der Invalidität.

Zur Grund dieser Rechtslage ist die Feststellung äußerst wichtig, wenn der Versicherte als invalide gilt. In dem eingangs erwähnten Paragraphen heißt es hierüber: „Als invalide gilt, wer nicht mehr imstande ist, durch eine Tätigkeit, die seinen Kräften und Fähigkeiten entspricht, und ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufes zugemutet werden kann, ein Drittel dessen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen.“ Obgleich diese Ausführungen den Begriff der Invalidität ziemlich eingehend festlegen, ist die Beurteilung in der Praxis doch nicht so einfach. Die Frage, ob wirklich Invalidität vorliegt und damit Rentenberechtigung vorliegt, ist keine rein ärztliche. Es greifen hier vielmehr medizinische, wirtschaftliche und rechtliche Erwägungen ineinander. Die Beantwortung der Frage, ob Invalidität vorliegt, darf deshalb nicht einfach dem Arzt überlassen werden. Sie ist vielmehr stets von Fall zu Fall durch die maßgebenden Instanzen eingehend zu prüfen. Nach einer Entscheidung des sächsischen Landesversicherungsamts liegt beim Rentenstreit ein Mangel des Verfahrens vor, wenn das Oberversicherungsamt sein Urteil lediglich auf ärztliche Gutachten gestützt und andere Momente nicht berücksichtigt hat. (Ein Mangel des Verfahrens berechtigt zur Erhebung des Einspruchs gegen die Entscheidung). Nach einer grundsätzlichen Entscheidung ist der nicht invalide, der zwar seinen bisherigen Beruf nicht fortsetzen, aber durch andere Beschäftigung noch mehr als ein Drittel des Durchschnittsverdienstes der Berufsangehörigen verdienen kann. Dabei ist jedoch den tatsächlichen Arbeitsmöglichkeiten abgesehen, die nach der Vorbildung und früheren Beschäftigung an sich für die Person angeeignet sind. Viele Entscheidungen vertritt den Rechtsstandpunkt, daß Invalidität nicht gleichbedeutend mit Berufsinvaldität ist. Bei einem Leiden, das sich abwechselnd bald bessert, bald verschlimmert, darf für die Frage der Invalidität nicht lediglich ein bestimmter Zeitpunkt zugrunde gelegt werden. Es ist vielmehr der Einfluß des Leidens auf die Erwerbsfähigkeit in seiner Gesamtheit zu betrachten. Zur Feststellung der Invalidität muß stets geprüft werden, wo die Grenze zwischen Erwerbsfähigkeit und Erwerbsunfähigkeit liegt. Weiter ist zu prüfen, wieviel der Versicherte noch verdienen dürfte, wenn er als erwerbsfähig gelten sollte und wieviel er dagegen in Wirklichkeit noch verdient.

Während man selbstverständlich bei der Beurteilung des körperlichen Zustandes auf ärztliche Gutachten angewiesen ist, kann unter Umständen auch das Urteil von Laien maßgebend sein. Gedacht werden kann hier an Arbeitskollegen, Berufsgenossen, Arbeitgeber usw. des Versicherten.

Bei der dritten Möglichkeit der Rentengewährung (vorübergehende Invalidität) ist darauf zu achten, daß dieselbe erst nach dem Wegfall des Krankengeldes eintritt. Unter Wegfall des Krankengeldes ist erst der endgültige Wegfall des Anspruches auf das Krankengeld, nicht schon jede Unterbrechung des Krankengeldanspruches zu verstehen. Die Gewährung der Rente kann in diesen Fällen nicht schon für Zeiten erfolgen, in denen die Fürsorge für den Versicherten noch den Krankenkassen obliegt, sondern erst für Zeiten, auf die sich die Krankenversicherung nicht mehr erstreckt. Viele Ausführungen zeigen, daß die Frage, ob ein Versichelter Invalidenrente erhalten kann, nicht so einfach beantwortet werden kann. Da jeder Versicherungsfall anders liegt, muß er auch anders behandelt werden.

Arbeitslosenversicherung. Berechnung der Anwartschaftszeit. Nach § 95 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist die Anwartschaftszeit erfüllt, wenn der Arbeitslose in den letzten 12 Monaten vor der Arbeitslosmeldung wenigstens 26 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat. Nähere Vorschriften über die Berechnung der Anwartschaftszeit enthält das Gesetz nicht. Aus der Vorschrift des Absatz 2 des § 95 über die Erweiterungszeiten läßt sich nur folgern, daß die 26 Wochen nicht unmittelbar aufeinander zu folgen brauchen, sondern daß die Anwartschaftszeit sich auch aus verschiedenen Teilen, die allerdings innerhalb bestimmter Rahmenfrist liegen müssen, zusammensetzen kann.

In einem Falle, mit dem sich das Reichsversicherungsamt zu beschäftigen hatte, war der Kläger 23 Wochen und drei Tage als Aufseher tätig gewesen. Dann meldete er sich arbeitslos, doch war sein Antrag auf Arbeitslosenunterstützung mit dem Einwand abgewiesen worden, er habe ja nicht 26 Wochen gearbeitet, sondern nur 23 Wochen, worauf der Kläger geltend machte, die gesetzlich vorgeschriebenen 26 Wochen umfaßten nur 156 Tage; er aber habe in den 23 Wochen und 3 Tagen auch an den Sonntagen, insgesamt also 164 Tage hintereinander gearbeitet.

Unfall! Vorsicht! Mühsicht!

Auch der Stubenhof kann Gefahr bedeuten!



Ein Kopftuch ist kleidsam und schützt vor Gefahr!

Bestell-Nr. 196 — der Unfallverhütungsbild O. v. b. H. Berlin W 9, beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften Unfallverhütungsbild 196.

Es ist technisch nicht möglich, alle sich drehenden Maschinenteile abzudecken, denn sonst könnte man ja nicht mehr mit den Maschinen arbeiten. Die arbeitenden Werkzeuge der Maschinen müssen frei bleiben. Dabei entsteht manchmal die Gefahr, daß sich drehende Teile lose herabhängende Kleiderzipfel oder auch besonders bei Frauen das Kopftuch erfassen, wenn sie sich darüber beugen und den sich bewegenden Teilen zu nahe kommen. Mit den erhaschten Kleiderzipfeln oder Haarfäden wird dann der ganze Mensch nachgezogen und schwere Verletzungen sind in der Regel die Folge, weil die Maschine in den seltensten Fällen schnell genug stillgelegt werden kann. Vor solchen Unfällen schützt einzig passende Kleidung. Jacken- und Hemdärmel sollen eng am Handgelenk anliegen. Flatternde Jackenzipfel, Halstüchchen und dergleichen müssen unbedingt vermieden werden. Frauen schützen ihre Haare vor dem Erfassen durch ein Kopftuch oder ein Netz.

Das Reichsversicherungsamt hat zu Ungunsten des Klägers erkannt. Wegen der Richtigkeit der Auffassung des Klägers spreche schon der Wortlaut des Gesetzes, daß für die Erfüllung der Anwartschaftszeit eine bestimmte Zahl von Kalenderwochen, nicht von Tagen erforderlich. Auch für die übrige Sozialversicherung wird für die Erfüllung der Wartezeit nicht eine bestimmte Anzahl einzelner Beschäftigungstage verlangt, sondern nur der Nachweis fest unruhmloser Kalenderwochen. — Danach ist für die Berechnung der Anwartschaftszeit auch in der Arbeitslosenversicherung die Kalenderwoche als Einheit zugrunde zu legen. (RVA., 6. Dezember 1929 — III a Nr. 69. 20).

Gewerbe- und soziale Hygiene

Benzinwäsche im Haushalt — eine Gefahr für die Allgemeinheit!

V. B. G. Eine weit verbreitete Zeitschrift brachte neulich eine Plauderei über das billige Kleiden der erwerbsfähigen Amerikanerin, die sich für ein paar Cent ihre Fingerringe selbst in Benzin reinigt. Eine Propagierung dieser an sich sehr einleuchtenden und billigen Methode kann sich jedoch zu einer schweren Gefahr auswachen. Es ist dem Laien leider noch viel zu wenig bekannt, welche ungeheuerlichen Gefahren das Benzin in sich birgt. Eigentlich sollten die fast wöchentlich durch die Presse gehenden Meldungen von Haushaltsunfällen infolge Entzündung von Benzindämpfen Warnung genug sein! Die Gefahr liegt aber nicht nur in der direkten Entzündung an der Stelle, wo das Benzin zu Reinigungszwecken benutzt wird. Vielmehr erhebt sich die viel dringendere Frage, was wird im Haushalt aus dem Benzin, das nach der Reinigung von Kleidern, womöglich in größeren Mengen von mehreren Litern, übrig bleibt? In den meisten Fällen wird es natürlich in den Abguss gegossen und kommt auf diesem Wege in die Kanalisation, wo es langsam verdunstend die Randle und Abflüsse füllt. Jenseits im Kanal, der einen Funken, zum Beispiel ein glimmendes Streichholz, in einen Regenwasserabfluß auf der Straße herabfallen läßt, kann die in der Kanalisation angesammelten Benzingase zur Explosion bringen. Und da die Explosionskraft von den aus ein paar Liter Benzin stammenden Benzingasen, noch dazu eingengt in solche Kanalaröhren, der Explosionskraft einer größeren Dynamitladung entspricht,

können ganze Straßenzüge und Häuserblöcke schlimmstenfalls durch eine solche Benzinexplosion in Kanalisationsröhren demoliert oder vernichtet werden.

Angesichts derartiger riesenhafter Gefahr für die Allgemeinheit sollte die Verwendung von nennenswerten Mengen von Benzin im Haushalt radikal verboten werden. Die in der Mineralöl-Verkehrs-Verordnung für Wohnräume zugelassenen Mengen von Benzin sind, besonders im Hinblick auf das vielfältig bewiesene mangelnde Verständnis der Hausfrauen und Hausangestellten für seine außerordentliche Gefährlichkeit, viel zu hoch bemessen. Darum sollten kluge Hausfrauen aus eigenem Verantwortungsbewußtsein sich nicht solcher Gefährdung ihrer selbst und ihrer Mitmenschen und eventuell auch daraus entstehenden Schabenerfahrensprüchen aussetzen!

Aus den Arbeitsgerichten

rd. Stellungswechsel des Arbeitnehmers. Unberechtigter Vereitelung von Hindernissen durch den früheren Arbeitgeber. In einem Betriebe war eine starke Verschlechterung des Geschäftsganges eingetreten, so daß der Unternehmer sich genötigt sah, Arbeiter zu entlassen. Ein noch nicht Entlassener, der befürchtete, daß auch ihm gekündigt werden würde, bewarb sich infolgedessen bei einer anderen Firma um Stellung und erhielt zusagehaften Bescheid. Als er nach ordnungsmäßiger Kündigung seines alten Arbeitsverhältnisses die neue Stellung antreten wollte, teilte ihm jedoch der Personalchef mit, er könne nicht eingestellt werden, da sein früherer Arbeitgeber damit nicht einverstanden sei. Erst auf Vermittlung des Betriebsrats erklärte sich der frühere Arbeitgeber mit dem Stellungswechsel einverstanden, und infolgedessen ging dem Arbeitnehmer für mehrere Tage Lohn verloren, den er vor dem Arbeitsgericht gegen den früheren Arbeitgeber einklagte.

Der Beklagte machte geltend, er sei berechtigt gewesen, so zu verfahren, wie er tat; denn die Industriellen seiner Branche hätten eine Vereinbarung getroffen, keinen Arbeiter einzustellen, so lange sie sich nicht Gewißheit darüber verschafft hätten, daß der Arbeiter arbeitslos sei oder sich in gekündigter Stellung befinde.

Indessen haben alle Instanzen — zuletzt das Reichsarbeitsgericht — das Verlangen des Arbeiters nach Ersatz des Lohnausfalles abgelehnt. Wägt man die Interessen des Arbeiters und des beklagten Arbeitgebers, so muß man zu einem dem Arbeiter günstigen Ergebnis gelangen. Angesichts der im Betriebe des Beklagten vorgekommenen Entlassungen war die Beschäftigung des Arbeiters, ebenfalls entlassen zu werden, nicht ungerechtfertigt. Der Beklagte ließ aber, indem er trotz der auch für ihn erkennbaren Interessentlage dem anderweitigen Unterkommen des Klägers Hindernisse in den Weg legte, ihm gegenüber die Rücksicht vermissen, die er ihm vom Standpunkt einer gerechten und billigen Denkwegweise aus schuldet. Sein Verhalten war daher sittenwidrig im Sinne des § 226 BGB., und er haftete für den dem Kläger entstandenen Schaden. (RVA., 8. Oktober 1929 — 669.28).

Beschriebenes

Und wo verbringt Du Deine kurzen Tage?

Wenn Du, Arbeiter, und Du, Angestellter, Deine kurzen Ferien genüßlich verbringen und Dich gut erholen willst, dann lies diese Zeilen und beherzige sie. Bei Neukirch, einem großen lausitzer Industriestandort, mit seinem mächtigen Valsenberg (582 Meter) und seinen weit ausgebreiteten Wäldungen, die sich bis weit in das nahe böhmische Land und zu den andern lausitzer Bergen erstrecken, liegt 25 Minuten vom Bahnhof Neukirch-Ost am Ostabhange des Valsenberges das Wander- und Ferienheim des Touristenvereins „Die Naturfreunde“, Valsenberghaus genannt. Mitten im Wald, an einer großen Wiese erhebt sich der schöne Bau. In 18 Zimmern zu zwei bis sechs Betten können 60 Personen und in vier Schlafsalen 90 Personen wohnen. Auf dem geräumigen Boden stehen für den Notfall noch 50 Betten und Koffer bereit.

Die Zimmer sind ausgestattet mit Reformbetten, Matratzen, Wolldecken, Waschtisch, Tisch und Stühlen (Bettwäsche muß mitgebracht werden). Das Haus ist mit Fernsprecher, elektrischem Licht, Bad und Wasserleitung versehen.

Ein Tagesraum, bei Bedarf in zwei zu verwandeln, ein Lesezimmer mit großer Bücherei (400 Bände) und Dunkelkammer stehen den Gästen zur Verfügung. Preise pro Bett und Nacht für Mitglieder: 60 J im Zimmer, 40 J im Saal; für Jugendliche: 60 J und 30 J; für freigewerkschaftlich organisierte: 80 J im Zimmer, 60 J im Saal; für jugendliche Gewerkschaftler: 80 J und 40 J; für Kinder: 30 J im Zimmer, 20 J im Saal.

Mittagessen kostet 60 J bis 1 M., jedoch gibt es auch Suppen zu 20 J und 30 J. Voller Pensionszettel gibt es nicht, doch ist alles zum Lebensbedarf Notwendige im Haus zu haben. Bei kurzen Ausnahmspreisen! Die Preise für Getränke und Lebensmittel sind mäßig, also dem Geldbeutel des Arbeiters angepaßt.

Herrliche Ausflüge in die mächtigen Steinbrüche am Klosterberg bei Demitz-Thumitz, durch das Spreetal, nach dem altertümlichen Bauen, nach Zittau-Opbin, nach den herrlichen lausitzer Wäldern und der nahen Tschechoslowakei (Grenzauweise im Haus) nach der sächsisch-böhmischen Schweiz lassen sich bequem von hier zu Fuß und mit Hilfe guter Bahn- und Autoverbindungen unternehmen. Neukirch liegt an der Bahnlinie Dresden-Zittau, 50 Kilometer von jeder Station entfernt, man erreicht es von

Baugen über Wilthen und von Schandau über Sebnitz.
Flußverbindung hat Neukirch mit Sohland, Bischofswerda und Baugen.

Bei allen Anfragen wende man sich an den Hausverwalter: Martin Lippold, Neukirch-Lausitz 1, Naturfreundehaus. Fernsprecher: Nummer 510 Neukirch-Lausitz. (Bitte Rückporto beifügen.)

Großindustrie in Mitteldeutschland.

Studienreise vom 22. bis 29. Juni 1930.

Die guten Erfahrungen mit den Studienreisen im vergangenen Jahre und die Anerkennung, die diese Veranstaltungen in weiten Kreisen gefunden haben, veranlassen den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, auch in diesem Jahre mehrere wirtschaftspolitische Studienreisen durchzuführen.

22. Juni: Abends Zusammenkunft aller Teilnehmer in Halle an der Saale.

23. Juni: Fahrt nach Merseburg-Leunawerk. Besichtigung der Anlagen zur Stickstoffgewinnung und Kohleverflüchtigung.

24. Juni: Besichtigung eines Braunkohlenbergwerkes bei Halle. Nachmittags: Referat und Aussprache über das Thema „Mitteldeutschland als Wirtschaftsraum“.

25. Juni: Besichtigung der Betriebe der Mansfeld AG. (Kupferbergbau).

26. Juni: Führung durch das Großkraftwerk Pichornewitz (vormittags). Besichtigung der Aluminiumfabrik in Witterfeld (nachmittags).

27. Juni: Fahrt nach Bernburg. Besichtigung von Anlagen zur Sodafabrikation, Kali- und Steinsalzschächte.

28. Juni: Besichtigung der Kalwerke in Staßfurt-Leopoldshall. Fahrt nach Magdeburg.

29. Juni: Rundfahrt durch Magdeburg. Schlußausprache.

Die Teilnehmerkosten betragen pro Person zirka 110 M einschließlich Verpflegung, Unterbringung in guten Hotels, Fahrtgelder, Besichtigungen usw. Anmeldungen unter näherer Angabe der Funktion in der Arbeiterbewegung sind bis zum 5. Juni zu richten an den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Arbeiter-Olympia 1931!



Die Sozialistische Arbeiter-Sport-Internationale (SASI.) rüstet zu ihrem zweiten Olympia. Das erste Olympia fand 1925 in Frankfurt am Main statt und gestaltete sich zu einem beispiellosen Erfolg für die internationale Verbundenheit der Arbeitersportler.

In den Landesverbänden der Sozialistischen Arbeitersport-Internationale, in Wien und in Märzschlag (Oesterreich) deuten alle Vorbereitungen darauf hin, daß das zweite Arbeiter-Olympia im Juli 1931 in Wien und die winterpolitischen Olympiakämpfe im Februar 1931 in Märzschlag in bezug auf Teilnahme, Organisation und inneren Wert die großartigsten internationalen Arbeitersportveranstaltungen werden.

Das zweite Arbeiter-Olympia ist nicht nur eine Angelegenheit der Sozialistischen Arbeitersport-Internationale, sondern eine solche der gesamten internationalen Arbeitersportbewegung. Die Mitglieder der Sozialistischen Arbeitersport-Internationale sind nicht Nur-Sportler, sie betrachten sich als Glieder der gesamten sozialistischen Arbeiterbewegung und werden das besonders durch den geistigen Inhalt ihrer großen Veranstaltungen in Wien und in Märzschlag vor aller Welt bekunden.

Während bei den Olympischen Spielen der bürgerlichen Sportler die Siege der besonders gezeichneten „Sportkanonen“ mit ihren üblichen Begleiterscheinungen einfach alles bedeuten, stehen die Veranstaltungen der Sozialistischen Arbeitersport-Internationale im Zeichen brüderlichen Geistes und sind Ausdruck der vollständigen Sportbetätigung in den Landesverbänden der SASI. Darin unterscheiden sich Arbeiter-Olympia und bürgerliche Olympische Spiele grundlegend.

Fachtechnisches

Patentsachen, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Zuschüsse bereitwillig!

Zugemeldete Patente

Nr. 22. B. 118523. Hindernisse für Anstricharbeiten. Ernst Seltz, Berlin NW 23, Lejningstraße 12. Nr. 75. I. 31987. Verfahren zur Herstellung mehr-

Selbstmachungs

Infolge des Ablebens des bisherigen Leiters des I. Verbandsbezirks, Kollegen Ad. Jaeschmann, ist die Stelle neu zu besetzen. Es kommen nur Bewerber in Frage, die über ein großes Maß von Erfahrung auf allen Gebieten der Verbandstätigkeit verfügen.

Mitglieder, die glauben, obigen Anforderungen gewachsen zu sein wollen ihre Bewerbung bis spätestens 21. Mai mit Angabe des Zeitpunktes, an dem der Antritt frühestens erfolgen könnte, an den Verbandsvorstand einbringen.

Der Verbandsvorstand.

schichtiger Zelluloselacküberzüge. IG-Farbenindustrie AG, Frankfurt a. Main.

Nr. 75 c. D. 58593. Doppelbohle für Bronzepulver und Bronzefärbung. August Dörfler, Fürth i. B., Ludwigstraße 49.

Gebrauchsmuster.

Nr. 75 a. 1.117.134. Vorrichtung zum Malen und Anstreichen mittels Druckluft. Albert Kraußberger, Holzhausen bei Leipzig.

Die Malerschuhleider von Huhn, Dresden 16, die seit Jahren sich gut eingebürgert haben und von vielen Tausenden von Malern als praktisch und gut haltbar anerkannt und gekauft werden, sind nach wie vor von E. Huhn, Dresden-A 16, Zöllnerstraße 33, zu beziehen.

Vereinstitel

Eingeladene Gelder für die Zeit vom 13. bis einschl. 30. April 1930 (2. Quartal)

Eingeladene haben: Aichaffenburg 273,75 M., Berlin 2000, Dresden 1500, Düren 100, Eberswalde 120, Eisenach 400, Erfurt 500, Forst 300, Frankfurt am Main 2200, Greibitz 120, Gießen 500, Görlitz 400, Hagen 135,40, Halberstadt 250, Halle 1000, Hamburg 3000, Hamm 100, Heidelberg 600, Karlsruhe 650, Kiel 520, Koblenz 100, Köln am Rhein 800, Konstanz 300, Kottbus 200, Krefeld 100, Leipzig 2050, Lübeck 600, München 1500, Münster 300, Neustrelitz 130, Neuwied 268,39, Oberstein 100, Oldenburg 100, Schweinfurt 100, Stuttgart 2500, Trier 20, Waldenburg 250, Werdau 484,16.

L. Ringel Kassierer.

Literarisches

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwilling, Jena. Aprilheft 1930. Verlag Karl Zwilling, Verlagshandlung, Jena. Vierteljahrsabonnement 3,60 M. - Aus dem Inhalt dieser anregenden Monatshefte heben wir hervor: Bilanzkritik in der Gewerkschafts- und Gold, Geld, Kredit, Preise, Löhne - Die Preisverwertung durch den Verbandsvorsitzer - Bauwirtschaft und Arbeitsmarkt im Jahre 1930 - Der deutsche Arbeitszeitverhältnisse - Die Alkoholfrage in der Sowjetunion - Rumbach. Den Ortsverwaltungen sei die Zeitschrift zum Abonnement empfohlen. Sie gibt viel des Äußerlichen.

24 Stunden Deutsch. Ein praktisches Lesebuch für...
Verlagsanstalt Courier, G.m.b.H., Berlin SO 16, Mühlentempelstraße 4. Preis für Angehörige der Organisation 1,20 M., für Nichtmitglieder 1,50 M. Mit vorliegendem Buchlein hat die Verlagsanstalt Courier ein wertvolles, vorzügliches Hilfsmittel zur Weiterbildung in der deutschen Sprache herausgegeben. Das Buchlein enthält in leicht verständlicher Form und allgemeinverständlicher Sprache, so zum Beispiel, alles, was jeder Deutsche wissen muß, um richtig zu lesen und schreiben zu können. Der Preis des Buches ist vom Verlag abwärts auf 1,20 M. ermäßigt worden, damit sich jeder in den Besitz des empfehlenswerten, gutausgestatteten Buches setzen kann.

Vom 5. Mai bis 11. Mai ist die 19. Beitragswoche. Vom 12. Mai bis 18. Mai ist die 20. Beitragswoche.

Sterbetafel

Bremen. Am 15. April verstarb unser langjähriges Mitglied Max Ziechowak nach längerer Krankheit im Alter von 53 Jahren.
Danzig. Am 19. April starb der Kollege Max Kewand im Alter von 56 Jahren. - Am 19. April starb der Kollege Max Hoffmann im Alter von 46 Jahren.
Hamburg. (Zahlstelle Oldesloe.) Am 30. April verstarb unser Kollege Hermann Bruhn, geboren am 23. März 1888 in Moissburg. Mitglied seit 1919.
Kassel. Am 6. April starb unser Jungkollege Hans Biermann an Lungentuberkulose im Alter von 17 Jahren. - Am 27. April starb der Kollege Heinrich Heinze nach längerer Krankheit im Alter von 25 Jahren. - Am 29. April starb der Kollege Ernst Obeljun, aus Elmshagen an Herzleiden im Alter von 18 Jahren.
Magdeburg. (Zahlstelle Ocherleben.) Am 23. April verstarb nach längerem Krankenlager unser langjähriger Zahlstellenleiter, der ungeliebte Kollege Martin Schöler im Alter von 65 Jahren.
Mannheim. Am 20. April starb ganz plötzlich an einem Herzschlag unser langjähriges Mitglied Max Benz (Friedenheim) im Alter von 66 Jahren.
Chren ihrem Andenken!

Wer übernimmt in größeren Betrieben den Vertrieb meiner Maler-Berufskleidung. Amerik. Schutzanzug 11,- u. 12,- Mk. Einf. Maler Anzug 9,50. Komb. 9,50. Maler Kittel 6,50. alles aus prima Köper. Maler Kittel aus la Rohnessel 4,50 und 5,50-Mk. E. Huhn, Dresden A 16, Zöllnerstraße 33.

freigewerkschafter fahren nur LINDCAR Unternehmern d. Gewerkschaften Kleinsten Wochen oder Monatsraten LINDCAR-FAHRRADWERK Berlin - Lichtenrade. 20 Groß-Niederlagen. Auskunft und Bestellung durch alle Ortsausschüsse des ADGB.